

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hanja 2447—51

Nr. 45

Hamburg, den 7. November 1919.

4. Jahrg.

Inhalt:

Ursachen und Wirkungen der Unruhen in Ägypten	Seite 821
Lloyd Georges Absage an die Arbeiter II	„ 823
Die nächsten Aufgaben des Getreide-Einfuhrhandels	„ 825
Länder-Berichte:	
Deutschland	„ 827
England	„ 829
Süd-Afrika	„ 831

Weltwirtschaftliche Übersichten:

Geld und Kapital	Seite 833
Schiffahrt und Schiffbau	„ 835
Rohstoffe und Warenmärkte	„ 837
Getreide und Futtermittel	„ 838
Vermischtes	„ 839

Ursachen und Wirkungen der Unruhen in Ägypten

Auf die schweren politischen Unruhen, von denen Ägypten im Frühling dieses Jahres heimgesucht wurde, ist im Sommer eine noch immer anhaltende wirtschaftliche Krisis gefolgt, die sich in einer für ägyptische Verhältnisse unerhört hartnäckigen Streikbewegung Luft macht.

Es dürfte außer Frage stehen, daß die nationalistische Propaganda, die im März und April zu so blutigen Ereignissen führte, in den wirtschaftlichen Mißständen, die sich als Folge des Krieges in Ägypten fühlbar gemacht hatten, einen starken Bundesgenossen gefunden hatte. Während man in der ersten Zeit des Krieges darauf verzichtet hatte, abgesehen von einer schwachen, nur dem Grenzschutze am Suezkanal dienenden Kampftruppe ägyptisches Menschenmaterial zum Heeresdienste heranzuziehen, hatte man sich allmählich, als die Kampffronten im Westen Europas immer bedeutendere Menschenmengen verschlangen, dazu entschließen müssen, auch in Ägypten zu Anwerbungen größeren Stils, und schließlich sogar zu einem mehr oder weniger verschleierten System zwangsweise erfolgreicher Aushebungen zu greifen. Da man dieser Leute aber wohl doch nicht so weit sicher sein zu können glaubte, um sie auf den europäischen Kriegsschauplatz zu schicken, so wurden aus ihnen militärische Arbeiterverbände geschaffen, die hinter den Fronten, meist bei den Armeen des Generals Allenby und des Scherifen von Mekka Verwendung fanden. So wurden nach ägyptischen Aufstellungen, die englischerseits im wesentlichen unwiderlegt blieben, nach und nach mehr als eine Million Menschen als Arbeitssoldaten für die Sache der Entente ausgehoben. Es wurden somit, wenn man selbst annehmen will, daß diese Masse nicht dauernd gleichzeitig mobilisiert war, doch gewiß etwa ein Zehntel der Gesamtbevölkerung der heimischen Wirtschaft als Arbeitskräfte entzogen. Daß diese Tatsache die wirtschaftliche Lage der Kleinbauern, die die überwältigende Mehrzahl der ägyptischen Bevölkerung bilden, nicht gerade günstig beeinflussen konnte, dürfte klar sein. Andererseits wurde unter diesen bisher in stumpfem Gleichmut ohne ernst-

hafte Anteilnahme am öffentlichen Leben dahinvegetierenden Fellachen durch die militärische Zusammenfassung das Bewußtsein ökonomischer und politischer Interessengemeinschaft erzeugt, die unter der auch von englischen Gewährsmännern zugegebenen vielfach harten, hochfahrenden Behandlung der fremden Vorgesetzten nur umso fühlbarer wurde. Als daher nach Abschluß des Waffenstillstandes diese Verbände nach und nach entlassen wurden, war es kein Wunder, daß die nationalistische Werbetätigkeit unter den breiten Bevölkerungsschichten, die sich ihr bisher verschlossen hatten, leicht Eingang fand.

Der Nationalismus selbst hatte durch Präsident Wilsons 14 Punkte und besonders die These vom Selbstbestimmungsrecht der Völker einen mächtigen Ansporn erhalten. Ägypten hatte — so folgerten die Nationalisten — obwohl es als autonome türkische Provinz auf seiten der Mittelmächte zu stehen verpflichtet gewesen wäre, doch für die Entente, die ja das Recht der unterdrückten kleinen Nationen verfocht, Partei ergriffen. Es hatte sich aktiv am Kriege beteiligt und damit den Anspruch erworben, wie die anderen bisher unselbständigen Völker seine Geschicke in freier Entscheidung selbst zu bestimmen. Ja, ihm käme in noch höherem Maße dieser Anspruch zu, als den von der Entente als autonomieberechtigt anerkannten Fremdvölkern der Türkei, die erst durch den Zwang der Ereignisse, nicht aber aus freiem Entschluß die Sache der Verbündeten zur ihrigen gemacht hätten.

Auf englischer Seite wurde offenbar die Ausdehnung der Bewegung anfangs unterschätzt. Denn als Ruschdi Pascha, der damalige Premierminister, unmittelbar nach dem Waffenstillstande unter dem wachsenden Druck der Nationalpartei den Engländern den Vorschlag machte, er wolle mit einigen Kollegen nach London reisen, um die ägyptischen Forderungen dort vorzutragen, wurde sein Vorschlag, der zu Verhandlungen und damit vielleicht damals noch zu einer Einigung hätte führen können, zuerst schroff ab-

gelehnt; erst als man die Bewegung bedrohlich wachsen sah, versuchte man — zu spät — auf seinen Vorschlag zurückzukommen. Ruschdi Pascha und sein Kabinett trat zurück, die Leitung war seinen Händen entglitten. Der Führer der Unabhängigkeitspartei, der ehemalige Minister und Kammerpräsident Zaghul Pascha, wurde mit drei anderen hervorragenden Mitgliedern seiner Partei verhaftet und nach Malta gebracht. So schwankend und unsicher wie im Falle Ruschdi zeigte sich die englische Politik aber auch gegenüber Zaghul Pascha; denn auf General Allenby's Befehl wurden die Paschas nicht nur aus Malta zurückgerufen, sondern auch ermächtigt, mit einer Kommission zur Erörterung der ägyptischen Wünsche nach Paris zu fahren. Darüber, daß diese Wünsche bei der Friedenskonferenz nicht gerade begeisterte Aufnahme finden würden, waren sich die Machthaber in Kairo und London wohl allerdings klar.

Die Insurrektion, die bezeichnenderweise übrigens von den tripolitanischen Arabern durch Waffen und Menschenzug unterstützt wurde, fand das vor auszusehende Ende: sie wurde blutig unterdrückt. Bis zum 21. Juli waren nach der Auskunft des britischen Unterstaatssekretärs des Auswärtigen etwa 800 Ägypter in den Kämpfen gefallen und 1500 verwundet worden. Dazu kamen 49 vollstreckte Todesurteile. Die britischen Verluste betrugen angeblich 23 Tote und über 100 Verwundete.

Seit Mai ist äußerlich wenigstens die Ruhe in Ägypten, abgesehen von unbedeutenden Störungen, wiederhergestellt. Umso mehr machen sich allerdings die wirtschaftlichen Wirkungen des Aufstandes bemerkbar. Da die Aufständischen planmäßig nicht nur die Bahnstrecken an vielen Stellen unterbrechen, sondern auch durch Zerstörung zahlreicher Bahnhöfe und beinahe aller Signalstationen die Zugverbindungen im ganzen Lande unmöglich gemacht hatten, konnte bis heute der Verkehr nicht wieder in seinem vollen früheren Umfange aufgenommen werden. Denn die Reparatur der Strecken und Bahnhöfe konnte zwar notdürftig im Lande selbst in verhältnismäßig kurzer Zeit vorgenommen werden, der Signalapparat aber mußte aus Europa beschafft werden, was beträchtliche Zeit in Anspruch nahm. Bei der außerordentlich großen Längenausdehnung des Landes war durch diese Verkehrseinschränkung naturgemäß eine schwere Behinderung des Handels- und Warenverkehrs bedingt. Insbesondere machte sich diese Verkehrsstockung in einer schweren Störung des Abtransports der oberägyptischen Ernten bemerkbar. So konnte namentlich die wertvolle Zwiebel-ernte nur in sehr beschränktem Umfange nach Norden befördert werden, was bei dem leicht verderblichen Charakter der Zwiebel zu großen Schädigungen der Produzenten führte. Ebenso lagerte noch im Hochsommer ein Teil der vorjährigen Baumwollernte in Oberägypten. Die durch diese Transportschwierigkeiten verursachten Schäden sind heute zahlenmäßig noch nicht annähernd festzustellen, sie werden sich aber zweifellos in einem erheblichen Rückgange der Ausfuhrziffern in der nächsten Handelsbilanz äußern.

Mit besonders verderblichen Folgen dürfte eine Maßnahme verknüpft sein, zu der sich die Regierung angesichts der Zerstörung der Eisenbahnen genötigt sah. Um nämlich die Truppentransporte nach dem Süden zu ermöglichen, wurden die Reservoirs der Stauwerke von Assuan und Assint geöffnet, damit der in diesem Frühjahr besonders niedrige Wasserstand des Nils auf schiffbare Höhe gebracht werden und so die Beförderung der dringend notwendigen Verstärkungen bewerkstelligt werden konnte. Durch diese Maßregel wurde den Reservoirs so viel

Wasser entzogen, daß die für die Sommerbewässerung in normalen Jahren vorhandene Menge diesmal um etwa 50 % verringert worden sein dürfte. Das Ergebnis wird sich mit Notwendigkeit in einer quantitativen und qualitativen Minderung der diesjährigen Ernten zeigen.

Am bedenklichsten äußert sich aber die allgemeine Erschütterung, in die das Land durch den Krieg und die darauf folgende Insurrektion auch auf wirtschaftlichem Gebiete versetzt wurde, in dem Streikfieber, das Ägypten seit wenigen Monaten ergriffen hat. Entsprechend den verhältnismäßig primitiven Wirtschaftsverhältnissen, dem fast völligen Fehlen von industriellen Großbetrieben, der politischen Rückständigkeit der überwiegend agrarischen Bevölkerung war Ägypten bisher eines der wenigen Länder gewesen, dem der wirtschaftliche Klassenkampf so gut wie unbekannt geblieben war. Wenn es einmal in Kairo oder Alexandrien zu einem Streik gekommen war, so hatte er seinen Grund meist in lokalen, persönlichen Wünschen oder Beschwerden harmloser, oft lächerlicher Art und verlief dementsprechend gewöhnlich nach einer mehr oder weniger wohlwollenden Vermittlung der Regierung im Sande. Jetzt tauchte mit einem Schlage im Sommer in Ägypten ein wohlorganisierter, entwickelter Syndikalismus auf allen Gebieten des ökonomischen Lebens auf. Bereits der Ausstand der Ministerialbeamten und -Angestellten, sowie der Schüler der öffentlichen Lehranstalten, der im April und Mai zu einer fast vollständigen Lahmlegung der Regierungsmaschine geführt hatte, aber noch rein politischen Charakter trug, hatte der Regierung gezeigt, wie tiefe Wurzeln der Gedanke organisierten, gemeinsamen, passiven Widerstandes im Lande geschlagen hatte. Mit der Niederwerfung der offenen Rebellion waren aber auch diese Streiks der mit ihr sympathisierenden Beamenschaft überwunden worden. An ihre Stelle traten die wirtschaftlichen Ausstände von Arbeitern und in privaten Betrieben Beschäftigten. Von den Angestellten der Banken, Gas- und Elektrizitätsgesellschaften, der Hotels und Restaurationsbetriebe, von den Arbeitern der Werkstätten und wenigen Fabriken bis herab zu den Straßenhändlern, Zeitungsverkäufern und Schuhputzern war plötzlich alles in radikalen Gewerkschaften organisiert, die im Streik ihre oft keineswegs bescheidenen Forderungen durchzusetzen trachteten. Das gesamte Syndikatwesen wurde zusammengefaßt in einer „Bourse du Travail“, an deren Spitze ein Mann Namens Pizzotto, vermutlich ein italienischer Staatsangehöriger, steht. Die Regierung zeigte sich macht- und hilflos. Die Trambahner in Kairo beispielsweise streikten Mitte September bereits seit einem Monat, ohne daß es dem von der Regierung eingesetzten Schlichtungsausschuß gelungen war, eine Einigung herbeizuführen. Die in allen Betrieben einsetzenden, meist erfolgreich verlaufenden Streiks wiederum führten zu einer Verteuerung des gesamten Lebens, zu neuen Herstellungs- und Beförderungsschwierigkeiten. So gehörte Kohlen- und als Begleiterscheinung Lichtmangel im Sommer zu den ständigen Beschwerden der Bevölkerung.

Ist nun schon durch diese fortwährenden Ausstände dem Wirtschaftsleben des Landes schwerer Schaden zugefügt worden, so dürfte die schlimme Wirkung der unruhigen Lage auf den für Ägypten überaus wichtigen Fremdenverkehr im kommenden Winter nicht ausbleiben. Abgesehen davon, daß die enorme Steigerung der Passagepreise sich in einer Verminderung des Fremdenbesuches fühlbar machen wird, werden natürlich nicht nur die von der ausländischen Presse wiedergegebenen Berichte englischer Zeitungen über die angebliche Fremdenfeind-

lichkeit der Ägypter abschreckend wirken, sondern auch die auswärtigen Kaufleute werden im Hinblick auf diese Schilderungen eine vielfach abwartende Haltung Ägypten gegenüber einnehmen. Jedenfalls werden in europäischen, in Ägypten ansässigen Handelskreisen die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten im allgemeinen ziemlich pessimistisch beurteilt.

Von der englischen Presse wurde, wie immer, wenn eigene Unzulänglichkeit zu Schwierigkeiten in Ägypten geführt hatte, die Schuld auf fremde Unruhestifter zurückgeführt. Daß Deutsche und Türken für die Aufstände im Frühjahr verantwortlich waren, schien selbstverständlich. Auch der angeblich christen- und fremdenfeindliche Panislamismus mußte herhalten, um Europa die ägyptischen Unabhängigkeitsbestrebungen verdächtig zu machen. Tatsache ist vielmehr, daß die christlichen Kopten durchaus auf seiten ihrer mohammedanischen Landsleute stehen, daß in die nationale Insurgentenflagge neben dem Halbmond auch das weiße koptische Kreuz aufgenommen wurde. Eine England freundliche Partei gibt es heute nicht mehr in Ägypten.

Ganz unwahrscheinlich sind die Zusammenhänge, die zwischen den ägyptischen Ereignissen und dem türkischen Khalifatsgedanken konstruiert werden. In Ägypten hat man zweifellos für die Türken mehr Sympathien als für die Engländer. Kein Mensch aber denkt daran, das Land unter türkische Herrschaft zurückbringen zu wollen. Vor allem in diesem Augenblick, wo der Weiterbestand der Türkei selbst fragwürdig geworden ist, wäre ein solcher Plan doch wohl heller Wahnsinn. Zudem sind die Ägypter ihrer Sprache und Kultur nach Araber und würden deshalb schon einem unabhängigen arabischen Khalifat weit freundlicher gegenüberstehen, als einem türkischen Khalifat, das in seiner Rechtmäßigkeit zum mindesten stark angezweifelt wird. Es ist also viel wahrscheinlicher, daß die ägyptischen Bestrebungen, wenn überhaupt einmal der Nationalismus einen irredentistischen Zug bekommen sollte, nach dem Hedschas tendieren werden, dessen König, der Scherif Hussein, als Kandidat für die Khalifenwürde gilt. Vor der Hand aber ist die Devise aller Bewohner des Nillandes „Ägypten für die Ägypter“.

Auch für die wirtschaftliche Bewegung suchte man nach fremden Sündenböcken und beschuldigte angeblich vorhandene bolschewistische Emissäre, den so plötzlich und zielbewußt einsetzenden Lohnkampf provoziert zu haben. Zweifellos haben radikale, aus der Lektüre ausländischer Literatur übernommene Ideengänge bei den Führern der Bewegung eine Rolle gespielt, daß aber

tatsächlich in Ägypten eine von Rußland hergeleitete Propaganda am Werke ist, scheint recht unwahrscheinlich. Für die Lieferung des Propagandastoffes hat die anglo-ägyptische Verwaltung selbst gesorgt. Ein Volk, das 38 Jahre hindurch der Segnungen britischer Herrschaft teilhaftig wurde und dennoch zu mehr als 90 % aus Analphabeten besteht, bei dem der Tagelohn eines Landarbeiters vor dem Kriege sich zwischen 40 Mg und 1 M bewegte, bedarf wahrhaftig keiner bolschewistischen Sendboten, um eines Tages die ganze Trostlosigkeit seiner Lage zu erkennen.

Die wahren Gründe für die ägyptische Insurrektion sowohl, wie für die darauf folgenden noch jetzt sich abspielenden wirtschaftlichen Kämpfe liegen vielmehr in einem Komplex von Tatsachen und Erkenntnissen, die sich als Folge des Krieges und des sich an ihn anschließenden Umsturzes in Zentraleuropa den Ägyptern geradezu aufdrängen mußten. Die Entente proklamierte Völkerbund und Selbstbestimmungsrecht; Ägypten blieb davon ausgeschlossen und wurde gegen seinen Willen aus einer autonomen Provinz ein scheinbar konstitutionell, in Wahrheit despotisch regiertes Protektorat Englands. Die Ägypter halfen durch schwere Arbeit den Krieg gewinnen, der ihre Lebenshaltung verteuerte und England bereicherte, ohne Ägypten auch nur den Schein eines Vorteils zu bringen. In Rußland und in Zentraleuropa führte der Kampf des organisierten Proletariats zu einer Staatsumwälzung, die eine ungeahnte Steigerung aller Rechte und Einnahmen der unteren Klassen mit sich brachte. In Ägypten waren diese Klassen nicht nur, sondern das gesamte Volk gegenüber den englischen Zwingherren in gewissem Sinne ein Proletariat, das rechtloser war als in irgend einem europäischen Lande. Was dem Proletariat innerhalb eines Volkes frommte, war für die Gesamtheit den britischen Ausbeutern gegenüber nützliches Kampfmittel: Zusammenschluß, Streik, organisierter Widerstand der Massen. Das sind einfache und selbstverständliche Gedankengänge, die kein englischer Sophismus und kein Lavieren mehr entkräften können wird. Dauernde Ruhe kann nur rohe Gewalt oder wesentliches Nachgeben bringen. In Kürze sendet England einen seiner besten Männer, Lord Milner, an der Spitze einer Kommission nach Ägypten, um die Lage zu studieren und die Forderungen der Eingeborenen zu prüfen. Auch er wird das Gespenst der Demokratie und Selbstbestimmung, das die Entente selbst im Kampfe gegen Deutschland heraufbeschworen hat, nicht wieder aus Ägypten bannen können.

Dr. Curt Prüfer

Lloyd Georges Absage an die Arbeiter II

Die englischen Arbeiter vor dem Entscheidungskampf um die Macht

Der Eisenbahnerstreik

Zunächst die Vordaten: In den Wahlen hatte Lloyd George den Arbeitern große Versprechungen gemacht und vor allem auch die Notwendigkeit besserer Löhne betont. Nach Tische liest man es anders: Das (vorübergehend) gefallene Preisniveau gestatte, an einen Abbau der Löhne zu denken.

Im März 1919 sicherte ein Regierungsakt die Arbeiter vor einer Lohnreduktion bis Jahresschluß; es ward aber gleichzeitig vorgesehen, daß neue Lohntarife für das nächste

Jahr inzwischen aufgestellt werden sollten. Dies geschah am 22. August für die besonders unentbehrlichen Maschinisten und Heizer unter wesentlicher Erhöhung der Grundlöhne über das Vorkriegsniveau und unveränderter Beibehaltung der Kriegszulage. Für die große Masse der Bahnarbeiter erfolgte noch keine Entscheidung. Die Arbeiter forderten 3 £ Mindestlohn die Woche, ferner grundsätzlich einen Ausgleich der zurzeit auf den verschiedenen Bahnlinien sehr abweichenden Lohnsätze nach oberster Basis („equalisation upwards“, also Ausgleichung an den irgendwo für eine Arbeiterkategorie be-

zahlten höchsten Lohnsatz), entsprechend der Regelung für die Maschinisten und Heizer.

Gegen Ende September, kurz nach dem Gewerkschaftskongreß, wurde das Eisenbahnamt vom Board of Trade (Auckland Geddes) abgeteilt und als Ministerium Eric Geddes übertragen. Am selben Tage erfolgt die Übermittlung eines neuen Lohnsatzes an die Exekutive der Eisenbahner-Gewerkschaft.

Der mit dem Beiwort „definitiv“ übermittelte Tarif enthält:

- a) Mindestlohn 2 £ die Woche (3 £ gefordert),
- b) Für die Dauer bestimmte Lohnsätze, die durchschnittlich 100 % über den Vorkriegslöhnen stehen (wesentliche Herabsetzung der geltenden Löhne!).

Das Exekutivkomitee der Eisenbahner beschließt daraufhin am selben Abend den Streik, wirksam nach drei Tagen (Mitternacht des 26. 9.); inzwischen sollen sofort Verhandlungen aufgenommen werden. Motiv für sofortigen Streikbeschuß nach Arbeiterdarlegung: Befürchtung von Telegrammsperre und Beeinträchtigung der Streikorganisation durch Regierung, falls gezögert würde; nach Regierungsbehauptung: unter Überstimmung des gemäßigten Führers Thomas Absicht radikaler Führer, einen Streik mit wirtschaftlich und politisch revolutionären Wirkungen zu erregen (Lloyd George: „Ein anarchistisches Komplott einiger weniger“).

Erst bei Aufnahme der Verhandlungen erfahren die Eisenbahnerführer folgenden Nachtrag zum neuen „definitiven“ Tarif:

- c) Verlängerung der zurzeit bezahlten Mehrlohnbeträge für drei Monate (bis Ende März 1920) und dann allmählicher Abbau, sobald das Preisniveau unter 110 % über Vorkriegsstand (zurzeit 115 %) sinken sollte; für Streitfälle hierüber ein eigener Gerichtshof.

Nach ergebnislosen Verhandlungen erfolgt der Streikausbruch am 26. 9. nachts. Lloyd George läßt die fälligen Löhne sperren, unter Mißbilligung selbst der „Times“. Die Streikabwehr (Automobile, Flugzeuge, Freiwilligenorganisation), die seit einem halben Jahre vorbereitet war und im letzten Monat mit Hochdruck betrieben wurde, tritt mit wachsendem Erfolge in Kraft; zugleich setzt auch die Pressehetze und rednerische Agitation gegen die Arbeiterschaft ein, wofür ja kein Streik erfahrungsgemäß besseren Boden bietet als ein großer Verkehrsstreik.

Thomas seinerseits lehnt einen den Eisenbahnern an gebotenen Sympathiestreik der Transportarbeiter usw. ab, trotz der wachsenden Erfolge der Streikabwehr. Der Regierungsagitation setzt er die ruhige Erklärung entgegen, daß die Eisenbahner für rein wirtschaftliche Rechte streiken.

Eine Vermittlungsaktion am 1. 10. scheitert an der Bedingung Lloyd Georges, daß vor Aufnahme von Verhandlungen die Arbeit wieder aufgenommen werden müsse, eine Haltung, die selbst in weiten bürgerlichen Kreisen Mißbilligung hervorruft.

Schließlich führten wieder aufgenommene Vermittlungsvorschläge (unter Führung Hendersons) am 5. 10. zu folgendem Kompromiß und damit zur Streikbeendigung:

- a) Gegenwärtiger Lohnstand garantiert bis Ende September 1920 (1/2 Jahr mehr als vorgesehen).
- b) Mindestlohn 51 s (vorher nur 2 £ angeboten), mindestens bis September 1920, danach solange, bis Preisniveau unter 110 % über Friedensniveau sinkt, alsdann schrittweise Abbau.
- c) Sofortige Arbeitswiederaufnahme und Nichtbelästigung der Streikbrecher.

In der Lohnhöhe liegt das Kompromiß ziemlich auf der Mittellinie. Zu Fall gebracht ist aber der Versuch zum Abbau der Löhne.

Trotz der großen Erfolge der wohlvorbereiteten Streik-

abwehr hat Lloyd George also doch ein Einlenken für richtig befunden.

Thomas — der übrigens den Streik lieber vermieden hätte und erst durch das Vorgehen von Lloyd George mit ganzem Herzen für den Streik gewonnen wurde — hat im ganzen Streikverlauf einen ehrenvollen Ausgleich angestrebt und durch das Kompromiß auch erhalten, wenngleich die Forderungen der Arbeiter nach einer „equalisation upwards“ der Löhne und einem Mindestlohn von 3 £ nicht erfüllt wurden. Seine Ablehnung des Sympathiestreikes zeigt deutlich, wie unlieb ihm, der als Führer der Gewerkschaften jetzt alle Kräfte für den kommenden großen Konflikt aufzusparen bestrebt sein mußte, ein großer, die Vollstimmung ungünstig beeinflussender Streik in diesem Augenblick war.

Die Regierungspolitik aber mag noch durch einige Worte erklärt sein:

Man kann weder Eric Geddes noch Lloyd George für so naiv und ungeschickt halten, daß sie nicht klar vorausgesehen hätten, daß der Versuch eines Lohnabbaus in diesem Augenblick außerordentlich provozierend wirken mußte. Die verzögerte Mitteilung der provisorischen Verlängerung des status quo und die Beifügung der Bezeichnung „definitiv“ (der man natürlich nachträglich eine andere Bedeutung zu geben suchte) kann daher nur als bewußte Taktik gedeutet werden, um die Arbeiterschaft zum Streikbeschuß zu verleiten, den man dann durch sofortige Bekanntgabe des ganzen Vorschlages (unter Einfluß des Nachtrages) der Öffentlichkeit gegenüber als übereilt und böswillig denunzieren konnte. Die forzierten Streikabwehrvorrichtungen deuten ebenfalls auf die Absichtlichkeit des Regierungsvorgehens hin. Desgleichen die frühzeitige Bevorzugung der unentbehrlichen Maschinisten und Heizer bei der Lohnbewegung.

Vor allem aber: cui bono? Lloyd George konnte zur Erregung des Bürgertums gegen die Arbeitergefahr nichts willkommener sein, als gerade ein Verkehrsstreik, der Arbeiterschaft hingegen nichts abträglicher, als ein Streik von schwersten, weitgreifendsten Folgen ohne die entsprechende Wirksamkeit für die Arbeiterbewegung unmittelbar vor einem ins Auge gefaßten Generalstreik.

Und die Wirkung? Es läßt sich nicht sicher übersehen, ob die Arbeiterschaft vom Streik stark erschöpft ist.

Die finanzielle Schwächung ist natürlich erheblich. Es fragt sich, ob auch der Kampfwille gelitten hat. Nach den bisherigen Erfahrungen ist indes die radikale Stimmung und die Streiklust mit jedem großen Streik nur gewachsen. Seit Juli hat England vier große Streiks gesehen, zuerst den Baumwollstreik in Lancashire, den Bergarbeiterstreik Mitte Juli, den Streik in der Eisenindustrie Mitte und den Eisenbahnerstreik Ende September; hinzu kommen mehrere kleinere Streiks (Glasindustrie, Dock- und Hafenarbeiter in Grimsby, Immingham, Plymouth, Hull usw.).

Eine zuverlässige Einschätzung der Lage läßt sich, wie gesagt, auf Grund der Pressenachrichten nicht geben, aber man gewinnt den Eindruck, als ob Lloyd George weder der Versuch, die bürgerliche Bevölkerung gegen die Arbeiterschaft in unversöhnlichen Gegensatz zu bringen, noch der Versuch, der Gewerkschaftsbewegung durch Überrumpelung vor der Entscheidungsschlacht eine schwere Niederlage beizubringen, nach Wunsch ausgegangen ist, dank der vorsichtigen Haltung und taktischen Geschicklichkeit von Thomas.

Thomas hat daher für den Entscheidungskampf im wesentlichen alle Trümpfe in der Hand behalten, die der Gewerkschaftskongreß ihm zur Verfügung gestellt hat.

Dr. Paul Heile

Die nächsten Aufgaben des Getreide-Einfuhrhandels

Unter dem Titel: „Die nächsten Aufgaben des deutschen Getreide-Einfuhrhandels“ veröffentlicht der Direktor der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel in Berlin eine nicht nur für die Angehörigen des Getreidehandels lesenswerte Darlegung, der wir mit Genehmigung des Verfassers folgende Abschnitte entnehmen.

Die von der Entente über die Ostsee neuerlich verhängte Blockade und die Androhung, überhaupt die Zufuhr nach Deutschland bis zur Regelung der Baltikumfrage gänzlich zu unterbinden, beleuchten mit grellem Schlaglicht die Gefahren, mit denen der deutsche Einfuhrhandel jetzt und wohl auch noch für geraume Zeit unter der Herrschaft des Versailler Friedensvertrags verbunden sein wird und die gebieterisch dahin drängen, diese Einfuhr entweder auf das geringste Maß zu beschränken oder Formen des Handels zu suchen und zu finden, die die Kraft des einzelnen nicht erschöpfen, wie es augenblicklich der Fall ist.

Inwieweit die Entente überhaupt mit ihren Drohungen ernst zu machen gedenkt, läßt sich heute noch nicht sagen. Auffallend ist es jedenfalls, daß schon seit mehr als 14 Tagen sämtliche Getreidedampfer aus Übersee, die für Deutschland bestimmt waren, mit auffallender Verspätung im Löschungs-hafen einlaufen und mehrere unter ihnen (mit Weizen beladen) schon seit geraumer Zeit überfällig sind.

An sich bedeutet diese Verzögerung im jetzigen Augenblick keine große Gefährdung der Brotversorgung unseres Volkes. — Die von dem Handel stark befürworteten Lieferprämien, die allerdings seitens der Regierung etwas zu spät bewilligt wurden, haben ihre Wirkung nicht verfehlt — die Ankünfte bei der R. G. haben stark zugenommen und sind heute schon höher als letztes Jahr zur gleichen Zeit. — Die Herabsetzung der Ausmahlung, die für das Volk ein besseres Brot und für die Landwirtschaft einen größeren Anfall der so dringend benötigten Kleie mit sich bringt, soll in einigen Tagen zur Tat werden und es steht zu hoffen, daß weitere Maßregeln seitens der zuständigen Instanzen ohne Zaudern ergriffen werden, um die möglichst restlose Ablieferung der Inlandsernte sicherzustellen. — Die Gefahren, die zu überwinden sind, um dies Ziel zu erreichen, sind nicht gering. Die Freigabe des Hafers, der durch den fürchterlichen Stand unserer Valuta hervorgerufene Anreiz, die Waren ins Ausland zu verschieben, sind nicht leicht zu bekämpfen, besonders bei der noch im Wachsen begriffenen Mißachtung aller bestehenden Gesetze; vor allem aber dürfte die Abtrennung großer Überschußgebiete, die durch den Friedensvertrag ja nun in greifbare Nähe gerückt ist, noch viel schwerer ins Gewicht fallen, wenn es sich um die endgültige Feststellung handelt, ob man die Bedürfnisse des Volkes aus unserer eigenen Produktion decken kann oder nicht.

Heute über die bisherige Preispolitik für Inlandsgetreide streiten zu wollen, heißt leeres Stroh dreschen; produktionsfördernd hat sie keinesfalls gewirkt, wohl aber bei unserem Volke die leider gänzlich falsche Ansicht großgezogen, daß wir trotz der Folgen des Krieges auf natürlichem Wege unseren Brotpreis niedriger gestalten können, als es allen anderen Völkern, die vom Kriege betroffen waren, möglich war und was noch weniger erfreulich ist, diese grundfalsche Ansicht wird auch weiterhin künstlich im Volke durch die Milliardenzuschüsse der letzten Monate, die ja auch für diesen Winter vorgesehen sind, großgezogen und genährt.

Eine Einfuhr von Brotgetreide wird im laufenden Erntejahr in bestimmten Mengen nicht zu umgehen sein. — Bleiben die Ankünfte der R. G. über die nächsten Monate hinaus zufriedenstellend, so wird man das Frühjahr abwarten können und vielleicht bringen die dazwischenliegenden Monate inso-

fern eine Klärung, als neue Ernten in Argentinien und Australien vielleicht den Weltmarktpreis zu unseren Gunsten beeinflussen, wogegen allerdings die noch bestehenden staatlichen Mindestpreise, die sowohl Nordamerika als fast sämtliche kontinentale Länder für das laufende Erntejahr ihrer Landwirtschaft zugebilligt haben, sprechen; auf der anderen Seite dürften möglicherweise in unseren Beziehungen zu den neugebildeten Balkanstaaten und besonders Rumänien, das nach den bisher, allerdings in unverbürgter Form, zu uns gelangten Nachrichten, einen recht erheblichen Ausfuhrüberschuß, sowohl an Weizen als auch Mais besitzen soll, soweit Fortschritte gemacht sein, daß Verhandlungen über den Bezug dieser Waren mit Aussicht auf Erfolg geführt werden können.

Die Einfuhr sowohl von Übersee als von Südosten ist jedoch mit Gefahren verknüpft, die eine Umstellung des deutschen Getreidehandels zur zwingenden Notwendigkeit machen, will er nicht selbst durch mangelndes Verständnis der wirklichen Sachlage, und der Nichtergreifung sachdienlicher Mittel die Notwendigkeit erweisen, diese Einfuhr in staatlichen Bahnen zu halten.

Betrachtet man zuerst die Einfuhr aus Übersee, so sind es außer den eingangs beleuchteten Gefahren der plötzlich wieder verhängten Blockade — die Preise des Auslandes, unsere Valuta, die Zahlungsformen, die sich im Laufe des Krieges herausgebildet haben und an denen man scheinbar festzuhalten gedenkt, und vor allem die Frachtenfrage, die unseren Handel vor Probleme stellt, deren Lösung nahezu in allen Fällen die Kraft des einzelnen übersteigen.

Vor dem 1. August 1914 spielte sich der Einfuhrhandel in der Weise ab, daß eine recht beträchtliche Anzahl ausländischer Verkäufer, die teils in Deutschland eigene Niederlassungen unterhielten, teils durch Vertretungen an den Hauptplätzen ihre Waren anboten, Getreide in größeren oder kleineren Mengen in allen möglichen Positionen auf deutsche Häfen in Mark offerierten, so daß an diesem Handel eine erhebliche Anzahl Firmen teilnehmen konnten. — Bezahlt wurde die Ware gegen Aushändigung der Verschiffungsdokumente, so daß der Käufer außer dem Konjunkturrisiko keine Gefahr lief, es sei denn, daß er in nicht kaufmännisch zu rechtfertigender Weise Verkehr mit Firmen aufnahm, die eine angemessene Durchführung der Verträge nicht gewährleisten konnten. — Die Preise waren niedrig — Weizen ca. 140–160 M — Roggen 120–125 M — Gerste 100 M auf deutsche Häfen und das Risiko bei diesen Preisen so wenig bedeutend, daß dieser Handel auch Firmen zugänglich wurde, deren Vermögen nur unbedeutende Ziffern aufwies. — Eine andere Folge dieses großen ausländischen Angebots, das in jeder Menge, in allen Frachtpositionen auf alle Häfen Deutschlands täglich zur Verfügung stand, war, daß es für keine deutsche Firma zur zwingenden Notwendigkeit wurde, sich in den überseeischen oder östlichen Produktionsländern eigene Einkaufsorganisationen zu errichten; wozu Geld im Auslande investieren, wenn sich unzählige ausländische Firmen darum reißen, diese im Auslande vorhandenen Waren unter Berücksichtigung aller Wünsche der Käufer nach Deutschland zu liefern und Zahlung in Mark erst zu verlangen, wenn die Ware sich auf hoher See befindet, in manchen Fällen sogar erst, wenn die Ware den deutschen Ausladehafen erreicht hatte?

Tatsächlich gab es denn auch bis zum Kriege kaum mehr als ein halb Dutzend Firmen, die im Auslande Einkaufsfilialen besaßen. Für die Entwicklung der Dinge im Kriege jedenfalls ein nicht unerfreulicher Zustand, da abgesehen von dem Verlust schwimmender Ware, die durch den Kriegsausbruch die deut-

schen Häfen nicht mehr erreichte, der deutsche Getreidehandel kaum Einbuße an Kapital erlitt.

Wie anders wird sich nun der Einfuhrhandel für die nächste Zeit, sicherlich für das laufende Erntejahr, und wahrscheinlich bis zur Wiederherstellung eines annähernd normalen Frachtenverkehrs, gestalten?

Daß Offerten in genügender Menge cif deutsche Häfen auftauchen werden, muß bezweifelt werden; in den wenigen Fällen, die bis jetzt bekannt sind, waren Zuschläge von 20 bis 30 % als Risikoprämie auf die Preise aufgeschlagen, so daß sich dadurch der Ankauf von selbst verbot. Für die in dem Waffenstillstandsabkommen vom März 1919 vorgesehenen freien Einkäufe in neutralen Ländern sollte Deutschland von seiner an die Entente ausgelieferten Flotte eine genügende Menge Fracht zur Verfügung gestellt werden, um diese Käufe, besonders solche aus Argentinien, nach Deutschland zu bringen. Die Durchführung dieser Abmachungen stieß auf erhebliche Schwierigkeiten, die ganze erforderliche Menge wurde überhaupt nicht gestellt und man verlangte für den gestellten Frachtraum Zahlung von 50 % der Frachtsumme in Sterling bei Zeichnung der Charter und 50 % bei Beginn der Beladung, unter Vorbehalt der endgültigen Verrechnung nach erfolgter Ausladung. Da die Poolrate zwischen 80—85 s je Tonne schwankte, waren für einen Dampfer von 6000 Tons rund 24 000 £ gleich 2 400 000 M halb bei Zeichnung der Charter, halb bei Beladung in bar in englischem Geld zu erlegen. — Im Vergleich zu den Raten im offenen Markt bedeutete dieses noch eine Ersparnis von rund 100 %; für einen Dampfer, der zur Erfüllung eines weiteren Vertrags im offenen Markt aufgenommen wurde, müssen rund 4 750 000 M bei erfolgter Beladung erlegt werden. — Auf Zahlung der Fracht im Auslande, wie dies im Frieden üblich war, geht man soweit nicht ein; welche Firma im deutschen Getreidehandel will allein ein solches Risiko der Erlegung von Millionen Mark bei Einladung der Ware auf ihre Schultern burden?

Die Preise und die Zahlungsfrage haben sich in ähnlicher Weise entwickelt; in Nordamerika kostet Weizen rund 2,40 \$ fob Seehafen — in Argentinien 16—17 Pesos — gegen etwa 0,80—0,90 \$ und 8—10 Pesos im Frieden; bei der Entwertung unserer Valuta heißt das rund 2200 M je 1000 Kilo fob Nordamerika, 1700 M je 1000 Kilo fob Argentinien, so daß für den Erwerb von nur einer Ladung Weizen von 5000 Tons heute an Stelle von rund 750 000 M cif Deutschland im Frieden annähernd 8—10 000 000 M fob erforderlich sind. — Welche einzelne Firma kann bei derartigen Kosten sich in nennenswerter Weise an der Einfuhr beteiligen?

Zahlung wird fast allgemein in ausländischer Valuta bei Übergabe der Ware im Ladehafen verlangt. — Kredite sind im internationalen Getreidehandel niemals Brauch gewesen und bis jetzt sind die Bemühungen des deutschen Getreidehandels, Kredite zu erwirken, ohne jeglichen Erfolg geblieben. — Gesehen, die Ratifikation des Friedens schafft hier Wandel — und die großen Vorräte in Nordamerika und Argentinien, deren Absatz man zu einem beträchtlichen Teil nach Deutschland erhofft, lassen diese Wandlung als möglich voraussehen — so bleiben dennoch mit dieser Anschaffung der Valuta und deren Schwankungen so viele Gefahren verbunden, daß die Kraft einer einzelnen Firma diesen nicht gewachsen ist. — Eine Kursänderung von nur 5 % in der Valuta bedeutet für eine Ladung von 5000 Tons Weizen rund eine Differenz von 500 000 M und wir haben in den letzten Monaten Tage genug gehabt, an denen z. B. der holländische Gulden stärkeren Schwankungen unterworfen war. —

Kommen nun zu all diesen Gefahren noch unerwartete Zwischenfälle, wie sie beispielsweise durch die jetzt wieder in Aussicht genommene Blockade zu befürchten sind — wodurch

außer erheblichem Zinsverlust noch die Verschlechterung der Ware infolge des verlängerten Aufenthalts im Schiff treten kann — so wird man sich im deutschen Getreidehandel darüber klar werden müssen, daß die Wege, die man früher beschritten, heute nicht mehr gangbar sind, daß die kleinen Firmen, deren Beteiligung an der Einfuhr vor dem Kriege sich auf den Erwerb von cif-Partien hunderttonnenweise beschränkte, an der heutigen Einfuhr keinen Teil haben können und daß schließlich auch nur durch Zusammenschluß von großen Firmen — vielleicht im Anschluß an neutrale Firmen — die Grundlage geschaffen werden kann, auf der eine Beteiligung an der Einfuhr durch zweckentsprechende Verteilung des Risikos ratsam erscheinen kann.

Sicherlich ist in absehbarer Zeit damit zu rechnen, daß die Frachtraten von ihrem heutigen ungeheuerlichen Niveau heruntergehen; mit jeder sichtlichen Zunahme unserer Produktivität wird auch unsere Valuta stetiger werden und ein weniger unsicheres Kalkulieren ermöglichen, — aber für das laufende Erntejahr wird man mit einer starken Gefahrverminderung der Übersee-Einfuhr bedauerlicherweise nicht zu rechnen haben. —

Auch im Verkehr mit dem Süd-Osten scheinen andere Gebräuche Platz greifen zu wollen, als wir sie bis jetzt gekannt haben. — Aus Bukarest berichtet man, die staatliche Stelle, die die Ausfuhr zu regeln habe, verlange einen 20 % Exportzoll, dann eine 2 % in Gold zu entrichtende Abgabe an die Devisenzentrale und Erlegung des ganzen Kaufwerts in Bukarest, bevor die Ware das Land verläßt — also auch hier Zahlung der Ware bei Abnahme in Rumänien, anstatt bei Ablieferung im deutschen Empfangshafen. —

Über die Forderungen, die von den Jugoslawen erhoben werden sollen, ist noch wenig bekannt, aber es dürfte ohne einen sogenannten Kompensationsverkehr nicht möglich sein, Getreide aus diesen Ländern zu erhalten — und der Standpunkt der deutschen Regierung, der doch sicherlich auf die Mitwirkung des Handels beim Erwerb dieser Waren abzielt, dürfte vielleicht an der Notwendigkeit der gegenseitigen Lieferungen und der dafür von beiden Seiten festzusetzenden Preise Widerstand finden, so daß letzten Endes die Mitwirkung des Handels sich nur auf sachgemäße Abnahme, Begutachtung und Spedition der erworbenen Waren beschränken dürfte, an sich kein für den Handel sehr erstrebenswertes Ziel.

Der Abtransport dieser Waren wird andererseits auch nur mit großen Schwierigkeiten sich vollziehen; der Kohlenmangel, der elende Zustand der Lokomotiven, die so stark vergrößerte Zahl der Staaten, durch deren Gebiet die Donaukähne auf ihrer Reise von Braila bis Passau zu fahren haben — alles das umgibt auch diese Geschäfte mit recht beträchtlichen Gefahren, die die Teilnahme an diesen Geschäften, besonders für die Mehrzahl der kleineren Firmen, alles andere als verlockend machen.

Im allgemeinen ist natürlich das Risiko bei diesen Geschäften für Deutschland geringer als dasjenige des Überseegeschäfts; die Kaufkraft der Mark ist in diesen Ländern größer als auf dem Weltmarkt, — die Fluß- und Bahnfrachten sind trotz der ständigen Erhöhungen noch nicht auf der schwindenden Höhe der Seefrachten, — und die Preise der Waren sind an sich erträglicher, so daß die energische Verfolgung aller Geschäftsmöglichkeiten mit diesen Ländern ein Gebot der Stunde ist. — Aber trotzdem bleibt auch hier das Risiko so bedeutend, daß auch für diese Länder die unbedingte Notwendigkeit des Zusammenschlusses von großen kapitalkräftigen, mit Sitten und Gebräuchen des Landes vertrauten Firmen vorliegt, um in der Lage zu sein, die mit diesen Geschäften verbundenen Gefahren auf ihren Schultern gemeinsam zu tragen.

Deutschland

Die Industrie im Oktober

Preisbildung

Nach Vornahme der letzten Preiserhöhungen vom 1. 10. bietet die Entwicklung der Preise des Rhein.-Westf. Kohlen-syndikats folgendes Bild:

je Tonne	Kohle	Koks	Briketts
1. 4. 15.....	ca. + 2,—	ca. — 1,—	ca. + 2,—
1. 9 15.....	+ 1,—	+ 2,—	+ 1,—
1. 3. 16.....	—	+ 1,50	+ 0,50
1. 1. 17.....	+ 2,—	+ 3,—	+ 3,25
1. 5. 17.....	+ 2,—	+ 3,—	+ 2,50
1. 10. 17.....	+ 2,40	+ 3,60	+ 2,50
1. 9. 18.....	+ 2,40	+ 3,40 bzw. 4,—	+ 2,40
1. 1. 19.....	+ 14,50	+ 21,70	+ 14,50
1. 5. 19.....	+ 20,—	+ 30,—	+ 23,50
16. 6. 19.....	+ 6,10	+ 8,50 " 10,20	+ 9,10
1. 10. 19.....	+ 10,50	+ 15,95	—

(„Frankfurter Zeitung“ Nr. 723 v. 28. 9. 19.)

Die Preissteigerung der Kohle für Nieder-Schlesien beträgt 19,75 M je Tonne und für Sachsen 27 M je Tonne einschließlich Kohlensteuer. („Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 518 v. 22. 10. 19.)

Die neue Preisliste des Handelsbüros der preußischen Bergwerksdirektion Hindenburg mit Geltung vom 10. 10. enthält gegenüber Juli 1919 einen Preisaufschlag von 4,90 M je Tonne für Staubkohle und gewaschene Staubkohle und 6,10 M für alle anderen Kohlsorten. („Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 500 v. 13. 10. 19.)

Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Nr. 480 v. 2. 10. 19 ist der Preis für lothringisches Eisenerz für die Ausfuhr nach dem Deutschen Reich von Frankreich offiziell auf 18 fr je Tonne festgesetzt worden.

Der Siegerländer Eisensteinverein erhöhte den Preis für Rohspat auf 79,10 M und für Rostspat auf 118,40 M („Rheinisch-Westfälische Zeitung“ Nr. 762 v. 24. 9. 19.)

Der Berg- und Hüttenmännische Verein in Weßlar erhöhte die Roteisensteinpreise und zwar für die erste Sorte um 15 auf 67½ M je Tonne bei einer Erzbasis von 50 %. Für die zweite Sorte stellt sich der Preis auf 35 M bei einer Erzbasis von 30 %. Brauneisenstein mit 10 bis 13½ % Mangan kostet 60 M, alles frei Versandstation („Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 508 v. 17. 10. 19.)

Auf dem Schrotmarkt hält außerordentliche Festigkeit verbunden mit einer ständig starken Aufwärtsbewegung der Preise an. Der Preis für gewöhnlichen Kernschrot ist auf etwa 500 M die Tonne gestiegen, was in etwa vier Wochen eine Preissteigerung um rund 100 M je Tonne bedeutet, denn Mitte September war Kernschrot für 425 bis 450 M die Tonne zu haben. Bei Auflösung der Schrothandelsvereinigung betrug der Marktpreis 210 M die Tonne. In dem gleichen Umfange sind auch die Preise für die übrigen Schrotsorten gestiegen. So kosten Späne heute 550 M bis 575 M und Gußschrot, der besonders stark gefragt ist, etwa 600 M je Tonne („Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 240 v. 12. 10. 19.)

Der Roheisenverband erhöhte die Preise je nach der Sorte um 112—162 M; dadurch wurden die Notierungen nunmehr annähernd auf das Zehnfache des Friedenssatzes gebracht. Die heutigen Roheisenpreise haben bereits die zweieinhalbfache Höhe der Notierungen aufzuweisen, die zu Beginn dieses Jahres bestanden. Die neue Preiserhöhung ist bedingt durch die am 1. 10. 19 in Kraft getretene 50%ige Frachterhöhung, die Verteuerung des Koks und der Schmelzmaterialien und die infolge der Valutaverschlechterung entstandene Verteuerung der ausländischen Erze. Auch die steigenden Fabrikationskosten haben zu den Aufschlägen beigetragen. Der jetzige Preis gilt

nur für den Oktober, da die Rohstoffpreise auch nur für diesen Monat festliegen.

Die Roheisenpreise entwickelten sich folgendermaßen:

Je Tonne	Vor dem Krieg	1. 7. 15	1. 1. 19	1. 4. 19	16. 6. 19	1. 8. 19	1. 10. 19
Hämatit	79,50	115,—	314,50	366,50	418,50	573,50	735,50
Gießerei-Roh-eisen I	75,50	94,—	250,—	340,—	405,50	517,50	652,50
Gießerei-Roh-eisen III	70,50	89,—	249,—	339,—	404,50	516,50	651,50
Sieg. Stahleisen ?	95,—	240,—	303,50	363,50	465,—	577,—	—
Spiegel-eisen 10-12 %	?	98,50	259,—	331,—	402,50	502,—	626,—
Lux. Gießerei-roheisen	60,—	74,50	215,—	296,50	354,50	452,—	606,—

Die Höchstpreise werden nach wie vor überschritten. Daher haben die beschlossenen Notierungen nur einen geringen Wert. Wer heute ernsthaft auf Eisen rechnet, muß schon einige hundert Mark je Tonne auf die Werkspreise drauflegen. („Frankfurter Zeitung“ Nr. 761 v. 11. 10. und Nr. 774 v. 16. 10. 19.)

Die im Stahlbund vereinigten Erzeugergruppen haben mit Wirkung vom 1. 10. einen Preisaufschlag eintreten lassen, der sich gemäß Entscheidung des Reichswirtschaftsministeriums um 50 M unter den erstrebten Aufschlägen von etwa 250 M für Halbzeug, 300—400 M für die verschiedenen Walzwerks-erzeugnisse bewegt. („Vossische Zeitung“ Nr. 514 v. 9. 10. 19, „Frankfurter Zeitung“ Nr. 768 v. 14. 10. 19.)

Das Westdeutsche Eisenhändlerkartell hat die Preise für Lagerverkäufe ab 15. 10. erhöht. Es kosten danach (je Tonne): Stabeisen 1200 M, Grobbleche 1390 M, Mittelbleche 1600 M, Feinbleche 1640 M, Bandeseisen 1310 M („Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 243 v. 16. 10. 19.)

Der deutsche Stahlwerksverband hat die Preise für Gruben- und Feldbahnschienen um 250 M auf 1050 M erhöht; schwere Schienen kosten 1020 bis 1050 M („Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 238 v. 10. 10. 19.)

Die Deutsche Trägerhändler-Vereinigung hat den Verkauf in Trägern und Formeisen zu einem um 250 M erhöhten Preise aufgenommen, so daß der Grundpreis auf 965 M je Tonne steht, zuzüglich Händler Rabatt („Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 238 v. 10. 10. 19.)

Die Vereinigung der Puddel- und Schweißeiwerke in Hagen hat die Preise mit Rückwirkung v. 1. 10. 19 um 300 M die Tonne erhöht („Frankfurter Zeitung“ Nr. 787 v. 21. 10. 19.)

Die Preise der Vereinigung der Blechwalzwerke wurden für Mittelbleche um 350 auf 1320 M, für Grobbleche um 350 auf 1185 M erhöht, während für Feinbleche der Aufschlag 400 auf 1385 M beträgt („Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 238 v. 10. 10. 19.)

Der Kupferblechverband in Kassel hat eine Preiserhöhung um 515 M pro dz mit sofortiger Wirkung vorgenommen, so daß die heutige Notierung 1760 M gegen 1235 M steht („Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 243 v. 16. 10. 19.)

Die Drahtkonvention setzte die Preise herauf: Für gezogenen blanken Draht auf 145 M (bisher 105 M), für verzinkten Draht auf 185 M (bisher 135 M), für Drahtstifte auf 175 M (bisher 125 M), und zwar für 100 kg ab Hamm in Westfalen oder Neunkirchen („Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 507 v. 16. 10. 19.)

Die Mannesmannröhrenwerke A.-G. in Düsseldorf erhöhten die Preise für ihre Monopolspezialitäten: nahtlose Gasröhren durch Erhöhung des Aufschlags um 40—50 % brutto und für dieselbe Sorte verzinkt um 71—84 %. Alle Preise

gelten ab 1. 10. („Deutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 501 v. 13. 10. 19.)

Das deutsche Abflußrohrsyndikat hat die Verkaufspreise für sämtliche Rohrarten ab 1. 10. um 200 M je Doppelzentner heraufgesetzt. („Frankfurter Zeitung“ Nr. 776 v. 16. 10. 19.)

Die Röhrenvereinigung setzte die Preise ab 1. 10. wie folgt fest:

1. Siederöhren:

25—51 mm Durchmesser plus 103 % Zuschlag (bisher 55 %)	
54—114 " " " 111 " " (" 63 ")	
121—152 " " " 91 " " (" 53 ")	
159—203 " " " 76 " " (" 38 ")	
216—318 " " " 61 " " (" 23 ")	

Bei Verzinkung 75 M je 100 kg.

2. Nahtlose Gasröhren, schwarz:

1/4—3/8 Zoll plus 107 % Zuschlag (bisher 57 %)	
1/2 " " 96 " " (" 51 ")	
3/4 " " 91 " " (" 46 ")	
1 " " 79 " " (" 39 ")	
1 1/4—2 " " 75 1/2 " " (" 35 1/2 ")	
2 1/4—4 " " 72 " " (" 32 ")	

3. Nahtlose Gasröhren, verzinkt:

1/4—3/8 Zoll plus 189 % brutto (bisher 104 1/2 %)	
1/2 " " 170 " " (" 98 1/2 ")	
3/4 " " 165 " " (" 93 1/2 ")	
1 " " 150 " " (" 79 ")	
1 1/4—2 " " 146 1/2 " " (" 75 1/2 ")	
2 1/4—4 " " 140 " " (" 67 ")	

4. Geschweißte Gasröhren:

1/4—3/8 Zoll plus 88 % Zuschlag (bisher 38 %)	
1/2—3/4 " " 81 " " (" 36 ")	
1—2 " " 74 " " (" 34 ")	
2 1/4—4 " " 72 " " (" 32 ")	

5. Geschweißte Gasröhren, verzinkt:

1/4—3/8 Zoll plus 170 % brutto (bisher 83 1/2 %)	
1/2—3/4 " " 155 " " (" 83 1/2 ")	
1—2 " " 145 " " (" 74 ")	
2 1/4—4 " " 140 " " (" 67 ")	

(„Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 243 v. 16. 10. 19.)

Die Vereinigung deutscher Nietenfabrikanten in Düsseldorf hat mit Wirkung ab 14. 10. folgende Preise festgesetzt: Kessel-, Brücken- und Schiffsnieten 1700 M Grundpreis je Tonne; Blech-, Faß- und Gitternieten 330 % Aufschlag auf die Listengrundpreise; Türbandnieten 340 % Aufschlag („Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 243 v. 16. 10. 19.).

Die Handelsschraubenvereinigung hat mit Wirkung vom 13. 10. folgende neue Aufschlagsliste herausgegeben: Maschinen- und Stellschrauben 430 % Aufschlag, Schloß-, Hüthen- und Wagenhausschrauben 450 %, Radschrauben 370 %, Pflugschrauben 430 %, Schlüsselschrauben 300 %, Anschweißenden 600 %, Unterlegscheiben 220 % und Muttern 580 % Aufschlag („Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 243 v. 16. 10. 19.).

Die Rheinische Schrauben- und Mutternfabrik Bauer & Schauerte in Neuß, eine auf dem deutschen Schraubenmarkt maßgebende Firma, hat die Aufschläge auf ihre Listenpreise um 10 bis 100 % erhöht. Die Zuschläge waren zuletzt am 3. 9. um 10 bis 100 % und am 1. 8. um 20 bis 75 % hinaufgesetzt worden („Frankfurter Zeitung“ Nr. 765 v. 12. 10. 19.).

Die Vereinigung der Türschlosserfabrikanten erhöhte den Aufschlag auf die verdoppelten Grundpreise auf 325 % und auf die einfachen Grundpreise auf 750 % („Frankfurter Zeitung“ Nr. 763 v. 11. 10. 19.).

Der Verband deutscher Hangschloßfabrikanten erhöhte seine Preise auf 375 % Aufschlag gegen bisher 260 %.

Die Konvention der deutschen Erzeuger von Beleuchtungskörpern erhöhte den derzeitigen Teuerungszuschlag von 25 % auf 50 %. Der Teuerungszuschlag beträgt demnach

für sämtliche Beleuchtungskörper, die ab 29. 9. 19 geliefert werden, 50 %. Für Bestellungen, die bis 29. 9. vorliegen, ermäßigte sich der Teuerungszuschlag auf 40 % („Frankfurter Zeitung“ Nr. 765 v. 12. 10. 19.).

Der frühere Minister Wissel veröffentlicht im „Hamburger Echo“ Nr. 465 v. 7. 10. 19 Ausführungen über die Lederwirtschaft. Danach wurden im Wirtschaftsausschuß der Nationalversammlung als Schleichhandelspreise angegeben für:

Boxcalf	1 Quadratfuß	10—12 M (2,10 M)
Chevreaux.....	1 " "	16 " (2,20 ")
Vacheleder	1 kg	28—34 " (8,75 ")
Riemenleder ..	1 " "	32—36 " (12,75 ")
Blankleder	1 " "	26—28 " (11,75 ")

Die in Klammern gesetzten Ziffern stellen den vom 1. 5. ab geltenden Höchstpreis, der damals um ca. 60 % erhöht war, dar. Heute ist die Preisgestaltung wie folgt:

		Bisherige Höchstpreise
Sohlleder	50—60 M je kg	(13,75—17,50 M)
Blankleder	60—70 " " "	(18.— ")
Rindsobleder	120—150 " " "	(31,50 ")
Kalbsobleder	120—165 " " "	(28.——34.— ")
Roßleder	90—125 " " "	(25.— ")
Ziegenleder	120—160 " " "	(32.— ")

Zeitweise um noch mehr sind die Preise für Rohhäute gestiegen; sie stellen sich zurzeit:

für Rinderhäute .. je kg	20—28 M (2,70—3,20 M)
" Bullenhäute... " "	18—25 " (2,55—3.— ")
" Kalbshäute... " "	30—40 " (5.— ")
" Ziegenhäute... " "	40—80 " (10,75—15.— ")
" Roßhäute..... " "	60—200 " (7,50—40,50 ")

Für Ziegen- und Roßhäute ist die Größe maßgebend.

Das Reichsmonopolamt für Branntwein hat den Branntweingrundpreis auf 180 M für 100 Liter Weingeist festgesetzt. Der gleiche Preis gilt für Branntwein aus Rüben, Mais und Bierrückständen sowie für Branntwein, der in Hefebrennereien hergestellt ist. Außerdem wurden besondere Zu- und Abschläge normiert. Der regelmäßige Verkaufspreis beläuft sich auf 2200 M für 100 Liter Weingeist. Die ermäßigten Verkaufspreise wurden folgendermaßen festgesetzt: für Branntwein, der in öffentlichen Kranken-, Entbindungs- und ähnlichen Anstalten oder in öffentlichen wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalten verwendet wird, auf 205 M für 100 Liter Weingeist; für Branntwein, der zu gewerblichen Zwecken, zu Putz-, Heizungs-, Koch- oder Beleuchtungszwecken verwendet wird, auf 160 M für 100 Liter Weingeist; für Branntwein, der nach unvollständiger Vergällung zur Bereitung von Speiseessig verwendet wird, a) für Rohbranntwein 195 M für 100 Liter Weingeist, b) für Primasprit 705 M für 100 Liter Weingeist, c) für Vor- und Nachlauf von Primasprit 204 M für 100 Liter Weingeist. Der Übernahmepreis wird, soweit es sich nicht um Branntwein handelt, der sich im Eigentum der Spirituszentrale befindet, festgesetzt: a) für Branntwein aus Klein- oder Abfindungsbrennereien auf 200 M für 100 Liter Weingeist, b) sonst auf 136 M für 100 Liter Weingeist.

Das Reichsmonopolamt hat ein Verzeichnis der Herstellungsgebiete und der in ihrem Bereiche zu berechnenden Auf- und Untergelder herausgegeben. Untergelder sind vorgesehen für die übriggebliebenen Teile der Provinz Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Posen, in Teilen von Schlesien, und betragen 0,50 M bis 1 M. Aufgelder für Teile der Provinz Sachsen, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Lübeck, Hamburg, Bremen, Oldenburg, thüringische Staaten, Braunschweig, Anhalt, Teile des Freistaates Sachsen, Hessen, Bayern, Württemberg, Hohenzollern und Baden im Betrage von 0,50 M bis 2 M. Für das abzutretende, aber noch nicht besetzte Gebiet in Westpreußen und Posen beträgt das Untergeld 1 M („Vossische Zeitung“ Nr. 498 v. 30. 9. 19.).

England

Das Weißbuch über die Finanzlage — Ein trügerisches Vertrauensvotum

Am 27. Oktober hat die Regierung das lange erwartete und versprochene Weißbuch veröffentlicht, dessen Zahlen-ergebnisse alle schlimmen Erwartungen noch übertroffen haben.

Zunächst die Ergebnisse des laufenden Finanzjahres und die darauf begründeten neuen Schätzungen in großen Zahlen.

Ausgaben

	Voranschlag im Budget	Revidierter Voranschlag	Unterschied
Schuldendienst	360,—	345,—	— 15,—
Steuerverwaltung (local taxation act)	9,8	9,8	—
Ansiedelung	5,—	5,—	—
Landheer	287,—	405,—	+ 118,—
Flotte	149,2	160,—	+ 10,8
Luftstreitkräfte	66,5	57,5	— 9,—
Innere Verwaltung (+ Pensionen)	505,8	602,—	+ 96,2
Verwaltung von Zöllen und indirekten Steuern, Post und Telegraph usw.	49,8	56,2	+ 6,4
Verschiedenes	1,8	1,8	—
Unvorhergesehenes	16,2	—	— 16,2
Gesamtausgaben	1451,1	1642,3	+ 191,2

Einnahmen

	Voranschlag im Budget	Revidierter Voranschlag	Unterschied
Zölle	119,—	139,5	+ 20,5
Indirekte Abgaben	118,5	136,5	+ 18,0
Einkommensteuer usw.	354,—	354,—	—
Kriegsgewinnsteuer usw.	300,—	280,—	— 20,—
Andere innere Steuer- und Zolleinnahmen (einschl. Erbschaftsteuer)	48,5	53,5	+ 5,—
Zusammen	940,—	963,5	+ 23,5
Post, Telegraph, Telefon	41,—	43,—	+ 2,—
Domänen	0,65	0,65	—
Eingänge aus verschiedenen Darlehen	9,75	11,5	+ 1,75
Verschiedenes	209,7	150,—	— 59,7
Gesamteinnahmen	1201,1	1168,65	— 32,45

Die Ausgaben überschreiten demnach den Budgetanschlag um 191,2 Mill. £, die Einnahmen hingegen werden voraussichtlich 32,5 Mill. £ weniger ergeben, so daß der durch Anleihen zu deckende Fehlbetrag sich um 223,7 von 250 auf 473,6 Mill. £ erhöht. Ein erschreckendes Resultat.

Infolgedessen wird die Staatsschuld der englischen Regierung am Ende des Kalenderjahres nach Schätzung des Schatzkanzlers rund 8 Milliarden £ erreichen. Immerhin sind zwei Momente als entschieden günstig zu betrachten. Seit der Einbringung des Budgets ist die Schwebende Schuld zum Teil durch die Fundierungsanleihe nicht unerheblich vermindert und auch in ihrer Zusammensetzung verbessert worden (vgl. Nr. 44). Schatzscheine und kurzfristige Verbindlichkeiten (Ways and Means Advances) sind von 1412 auf 1286 Mill. £ zurückgegangen, davon waren im Frühjahr 455, jetzt 242 Mill. £ Ways and Means Advances. Ferner nimmt die auswärtige Schuld eine bessere Zusammensetzung an; außer den Schulden in Amerika und Kanada werden, da auch die 10 Mill. £ Anleihe in Japan vor dem neuen Finanzjahr fällig wird, am 31. März keine auswärtigen Schulden mehr in den Händen des Publikums sein, oder sofern einzelne Summen noch nicht zurückgezahlt sein sollten, die hierfür nötigen Beträge zur Verfügung stehen. Bezüglich der Schulden der Regierungen aber werden Vereinbarungen getroffen, um Forderungen und Schulden auszugleichen. Gleichwohl wird

ein erheblicher Teil der 1700 Mill. £ betragenden Schulden der Bundesgenossen, wenn überhaupt, dann nur mit der größten Mühe einzubringen sein. Vor allem gilt das für die Forderungen an Rußland. Die Ansicht der Regierungsvertreter, Rußland werde die Schulden bezahlen, weil es die zu seiner Erschließung unentbehrlichen englischen Kredite nur gegen Anerkennungen der alten Schulden erhalten könne, klingt wenig zuversichtlich. Sehr resigniert waren auch die Ausführungen über etwa aus Deutschland herauszuholende Summen. Man werde nichts unversucht lassen, um Deutschland zum Zahlen zu bringen und hoffe bestimmt, wenigstens die erste Rate zu erhalten.

Eine genaue Prüfung der einzelnen Positionen des neuen Budgets macht den schlechten Eindruck nicht viel besser. Die Steigerung in den Ausgaben über den Voranschlag fällt vor allem den Konten Landheer, Marine und Innere Verwaltung zur Last, dagegen haben sich die Ausgaben für den Schuldendienst und die Luftstreitkräfte vermindern lassen. Die Ausgaben für das Militär enthalten zum Teil Kosten (5 Mill. £), die der Eisenbahnerstreik veranlaßt hat. Dieser hat aber auch indirekt durch Verzögerung der Demobilmachung zur Erhöhung dieses Etats beigetragen. Ferner wurde ein Teil der Mehrausgaben des Militäretats durch Erhöhung des Soldes, und soweit es sich um Truppen in Indien handelt, durch den schlechten Stand des Pfund Sterlings (nicht weniger als 7 Mill. £!) veranlaßt. Am wesentlichsten aber fallen die Expedition nach Rußland, die Kämpfe in Afghanistan, die Unruhen in Ägypten ins Gewicht. Die türkische Frage harret noch der Erledigung und macht ebenfalls (nach Ansicht der gegenwärtigen Regierung) das Aufrechterhalten einer Truppenmacht notwendig: auch die Verzögerung des Friedensschlusses mit Deutschland soll mehr Truppenteile als vorgesehen unter den Waffen gehalten haben. Und alle diese Kosten hätte man bei der Aufstellung des Budgets noch nicht vorausgesehen? Die Frage ist schwer zu entscheiden. Beachtenswert aber ist, daß es sich dabei zum größten Teil um Aufwendungen zur Durchführung einer imperialistischen Politik handelt, die seit langem den Widerspruch der Arbeiter in England selbst hervorgerufen haben und sicherlich im Widerspruch mit einer wirklich liberalen Politik stehen, wie sie früher von englischen Regierungen und selbst von der gegenwärtigen proklamiert wurde.

Die erstaunliche Höhe der inneren Verwaltungsausgaben endlich scheint im schroffen Widerspruch zu dem ununterbrochenen Ruf aller Kreise nach mehr Sparsamkeit zu stehen. Man muß aber bedenken, daß Pensionen aller Art mit unter diese Rubrik gehören, auch Arbeitslosenunterstützung und dergl. Trotz der Erhöhung der Ausgaben vermochte Chamberlain mitzuteilen, daß der gesamte Beamtenapparat um 8000 Personen in jüngster Zeit verringert worden sei, trotzdem in einzelnen Ressorts, vor allem bei der Post, eine starke Vermehrung des Personals notwendig war.

Die Einnahmen zeigen neben einigen sehr günstigen Positionen einen sehr starken Ausfall unter „Verschiedenes“. Dieser Posten enthält die Eingänge aus realisierten Kriegsbeständen der Regierung, soweit sie nicht durch die Ressorts, die sie realisieren, selbst verwandt werden. Der beträchtliche Ausfall von 59,7 Mill. £ ist zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß einige Ressorts, so

vor allem das der Nahrungsmittelkontrolle noch nicht zur Auflösung gelangen konnten. Nach Chamberlains Ansicht handelt es sich bei diesem Ausfall um einen Posten, der dem nächsten Budget zugute kommt.

Beachtenswert ist andererseits der Mehrertrag, den Zölle (20,5) und indirekte Abgaben (18 Mill. £) abwerfen; von letzteren entfallen 15,5 Mill. £ auf neue Biersteuern. Die erhöhten Einnahmen aus Tee (4 Mill.) sind trotz der Herabsetzung des Teezolls für Kolonialtee erzielt. Erstaunlich ist, daß Tabak 14 Mill. £ mehr gebracht hat und Stempelabgaben (Scheckstempel und andere Verkehrsabgaben) 4 Mill. £ mehr, offenbar ein Beweis, daß Handel und Verkehr rascher wieder normalen Verlauf annehmen, als erwartet.

Entsprechend den Änderungen, die das Budget für das Finanzjahr 1919/20 gefunden hat, mußte natürlich auch das von Chamberlain seiner Zeit aufgestellte Budget für das Normaljahr (vgl. Nr. 20, S. 375) eine Veränderung erfahren.

Normalbudget

Ausgaben in Mill. £	Einnahmen in Mill. £
Schuldendienst	360,—
Steuerverwaltung (local taxation act)	13,—
Landheer u. Luftstreitkräfte	75,—
Flotte	60,—
Innere Verwaltung und Pensionen	246,6
Verwaltung der Zölle u. indirekten Steuern	9,—
Post- usw. Verwaltung	44,4
	808,—
	808,—

Rein äußerlich betrachtet, hat das Normalbudget noch immer den alten Schönheitsfehler, daß es nicht balanciert ist, aber der Fehlbetrag hat sich von 114 auf 2 Mill. £ ermäßigt; dagegen ist die ganze Budgetsumme erheblich gestiegen. Sie weist 808 gegen 766 Mill. £ auf. Schuldendienst und Landesverteidigung haben sich um 40 bzw. 25 Mill. £ verringert, dagegen beansprucht die innere Verwaltung 56 Mill. £ mehr. Der Ausgleich wird durch Zölle, indirekte Abgaben und andere Inlandseinnahmen gedeckt. Einzelnes ergibt vorstehende Zusammenstellung.

Nicht nur die Zahlen, auch der Zeitpunkt, wann das Normalbudget zu erwarten stehe, haben eine Anpassung an die gegenwärtigen Verhältnisse gefunden. Chamberlain hatte sich seinerzeit in Hoffnungen auf baldige Wiederkehr des Normalbudgets gewiegt. Diesmal aber hat er sich in seinen mündlichen Ausführungen über den Termin so verklausuliert geäußert, daß man fast den Eindruck erhielt, er glaube überhaupt nicht an sein Normaljahr. Von seinen Vorbedingungen verdienen einige hier erwähnt zu werden. Nach Chamberlain kann das Normaljahr erst beginnen, wenn keine Zahlungen an Bundesgenossen mehr zu leisten sind. Diese sind jedoch im laufenden Jahr noch größer gewesen als erwartet (offenbar durch Denikin). Ferner dürfen nach Chamberlain im Normaljahr keine sogenannten Beihilfen („Subsidies“) mehr erforderlich sein. Als solche kommen namentlich in Betracht die Zuschüsse für Eisenbahnbetrieb, Kohlenförderung und Brotversorgung, die im Normaljahr wieder mit Nutzen oder doch ohne Zuschuß aufrecht erhalten werden müßten.

Da heute diese „Subsidies“ nach wie vor erforderlich sind und ihre Aufhebung in absehbarer Zeit nicht denkbar ist, da ferner eine Herabschraubung der Reichswehrausgaben auf $\frac{1}{5}$ — $\frac{1}{4}$ der gegenwärtigen Kosten, zumal angesichts des vermehrten Schutzbedarfs wegen der vergrößerten Interessensphäre und der stetig zunehmenden starken inneren Spannungen in einzelnen Machtbereichsteilen, utopisch ist, bleibt das Normaljahr eine Fata morgana.

Es war ursprünglich beabsichtigt, die Debatte ihren Lauf nehmen zu lassen, wie sie sich normaler Weise an einen zu erwartenden Antrag der Opposition anschließen würde. Aber dieser war so scharf, daß die Regierung es vorzog, die Vertrauensfrage zu stellen:

Daß das Parlament, in Erkenntnis der ersten Wirkungen auf die Industrie und den Handel des Landes, die die enormen Lasten des Krieges zur Folge haben, seine tatkräftige (hearty) Unterstützung für alle vernünftigen Vorschläge der gegenwärtigen Regierung verspricht, wie drastisch sie auch die Ausgaben beschneiden und die Schulden verringern werde.

Gleichwohl bestand die Opposition auf ihren Anträgen, und brachte sie als Amendments zum Regierungsantrag ein. Von diesen ist die der Arbeiterpartei erwähnenswert. Sie besteht gemäß ihren alten Forderungen darauf, daß eine Kapitalsteuer zur Durchführung gelange und „alle in der Zeit der Not gemachten Gewinne an den Staat zurückerstattet würden“ (also eine Kriegsgewinn- und Wertzuwachssteuer von 100 %). Damit hatte aber die Opposition das Vertrauensvotum noch vor der Debatte angenommen. Sie verliert dadurch an Interesse, es handelte sich wesentlich nur noch darum, ob es den Arbeitern gelingen werde, den Ergänzungsantrag auszudrücken.

Nebenbei hörte man in der Diskussion, daß Chamberlain eine völlige Neuorganisation des Schatzamts durchgeführt hat. Das Schatzamt hat in Warren Fisher, der den Titel „Head of the Civil Service“ trägt, einen ständigen Bureauchef erhalten, dem drei Unterchefs, Controller of Establishments, Controller of Administrative Services and Director of Finance, zur Seite stehen. Gleichzeitig wurde das Personal des Schatzamts bedeutend vermehrt. Ferner lernten wir aus der Rede von Chamberlain, daß die Regierung eine Wertzuwachssteuer vorbereitet, jedoch sind die Berechnungen noch nicht abgeschlossen.

Beachtenswert war aber vor allem der Optimismus, den die Vertreter der Regierung an den Tag legten. Sie schilderten zwar die Lage als ernst, aber durchaus als hoffnungsvoll, was ja auch daraus hervorgeht, daß Chamberlains „Normaljahr“ sich ohne neue Steuern balanciert. Von der Opposition wurde die Lage weniger günstig beurteilt und vor allem darauf hingewiesen, daß Chamberlain nicht eine einzige Maßregel getroffen habe, die wesentliche Ersparnisse erbringe; alles, was er ausgeführt habe, seien Versprechungen, und Versprechungen habe man ja nun schon mehr wie genug erhalten. Aber auch die Opposition hat außer den schon erwähnten, keine neuen einschneidenden Maßregeln vorzuschlagen. Da indes das Normaljahr balanciert war, hätte sich eine dringende Notwendigkeit für solche außerordentlichen Maßnahmen schwer nachweisen lassen. Kein Wunder, wenn der Antrag der Opposition mit 405 gegen 50 Stimmen abgelehnt wurde. Das Vertrauensvotum für die Regierung wurde darauf unter allgemeinem Beifall ohne Hammelsprung angenommen.

Die Regierung hat also einen großen Siegerungen, wenigstens dem Anschein nach. Tatsächlich war er ihr aber schon von dem ersten Tag der Debatte an, ja, man kann ruhig sagen, von dem Tag der Wahlen an, sicher, denn sie hat im Parlament eine überwältigende konservative Mehrheit für sich. Warum macht sie nun dies Spiel, daß sie von einem gefügigen Parlament ein Vertrauensvotum verlangt, von dem sie sicher weiß, daß sie es erhalten wird und muß? Unseres Erachtens hat sie es nicht wegen der Finanzen getan, sondern wegen ihrer Arbeiterpolitik. Sie

hat sich das Vertrauensvotum aber auf dem Gebiet der Finanzen geben lassen, weil sie sicher war, es hier zu erhalten, während sie es, wäre der Eisenbahnerstreik aufs Tapet gekommen, sicherlich nicht erhalten hätte, ohne weiter an Ansehen einzubüßen. Nach den Vorkommnissen der letzten Zeit, vor allem nach dem Streik, aber war es erforderlich, daß sie ihr Prestige bei dem Volk durch ein Vertrauensvotum befestige. Der tiefere Sinn der ganzen Aktion ist also der, daß Lloyd George, der sein Ansehen durch sein Vorgehen gegen die Gewerkschaft-

ten schwinden sieht, die Gedanken auf neue Bahnen lenken will, und deshalb das Volk zur Gefolgschaft bei der Sanierung der Finanzen aufruft. Gesunde Finanzen sind ja in der Tat die Voraussetzung für ein gedeihliches Arbeiten des Staates, nicht zuletzt für eine gute Sozialpolitik. Und so mag vielleicht diese neue Parole Lloyd Georges noch ein paar Wochen oder Monate (länger halten ja seine Parolen nie vor) dazu dienen, um den Widerspruch zu verschleiern, der darin besteht, daß ein liberales Volk durch eine konservative Regierung geführt wird.

Dr. Th. Plaut

Süd-Afrika

Produktion und Außenhandelsergebnisse der Union — Fortschritt 1911/1918 — Zur Angliederung von Nordrhodesia und Deutsch-Südwest-Afrika — Südwestafrikanische Probleme: Walfisch-Bay oder Swakopmund, die neue englische Diamantengesellschaft, die Ansiedlungsfrage

Der in Wirtschaftsfragen als Autorität geschätzte Direktor der „National Bank of South Africa“, Hugh Crawford, gibt in der „Empire Review“ vom September 1919 einige interessante Zahlen über die geschäftliche Lage.

Die Depositen der National Bank, die vor ca. 20 Jahren etwas über 1 Mill. £ in ca. 30 bis 40 Filialen betrugen, hätten heute 40 Mill. £ in mehr als 300 Filialen bereits überstiegen.

Die Goldproduktion ist von 38 307 675 £ in 1917 auf 35 758 316 £ in 1918, also um rund 2 500 000 £ heruntergegangen. Bekanntlich haben sich seit Kriegsausbruch die Produktionskosten derart erhöht, daß die minderwertigen Minen keinen Gewinn mehr erübrigen können. Wird nun nicht Wandel geschaffen, so sind diese Minen gezwungen, ihren Betrieb ein für allemal einzustellen, weil die Schwierigkeiten der Wiederinbetriebsetzung zu günstigeren Zeiten unüberwindlich sind. Die sogenannte „Gold-Kommission“ in England hat dies dem englischen Staat auch bereits vorgestellt und für die Goldzufuhr höhere Preise beantragt.

Auch in Diamanten machte sich ein Ausfall bemerkbar, indem in 1918 nur 2537 360 Karat (= 7 114 862 £) gegen 2902 416 Karat (= 7 713 810 £) in 1917 gefördert wurden.

Ebenso war Zinn in der Ausbeute 1918 gegen 1917 quantitativ zurück, doch wurden durch die höheren Preise trotzdem 1918 470 238 £ gegen 375 615 £ in 1917 erzielt.

Den bedeutendsten Ausfall erlitt die Kupferproduktion. Es wurden in 1918 nur 6823 tons (= 358 627 £) gegen 20 174 tons (= 1 106 085 £) in 1917 gefördert.

Die Kohlenausbeute stieg in 1918 auf 10 658 644 tons (= 3 483 493 £), 1917 ergab nur 10 382 623 tons (= 3 255 659 £). Von der Förderung gingen 1918 1 208 386 tons ins Ausland.

An Wolle wurden 1918 115 634 498 lb in den Handel gebracht, wofür 9 689 630 £ erzielt wurden gegen 117 657 142 lbs oder 8 782 280 £ in 1917. Der Preis für Wolle stieg während des Krieges von 6 d auf 1 s 8 d je lbs, wird aber wohl schwerlich auf dieser Höhe zu halten sein, obwohl die Nachfrage augenblicklich größer denn je ist.

An Mohair wurden in 1918 19 645 684 lbs (1 641 889 £) gegen 3 690 828 lb (280 636 £) in 1917 ausgeführt.

Felle und Häute werden billiger, die letzten Verteigerungen zeigten einen Preisrückgang bis zu 1/2 d je lbs für beste Zweite-Klasse-Ware. Maßgebende Preise für naß gesalzene Kap-Häute: beste schwere 17 1/2—18 d je lbs, für etwas leichtere 17 1/4—17 3/4 d, mindere Qualitäten 16 1/2—17 d.

Für trocken gesalzene: beste schwere 22—23 d, beste absolut trockene 23—24 d, leichtere Ware 18—20 d. Für Seehundsfelle wurden für eine Sendung gutklassige afrikanische Ware 60 s als Durchschnittspreis gezahlt.

„South Africa“ v. 4. 10. 19 bemerkt dazu, daß die Fabrikantenvereinigung Süd-Afrikas beantragte, die Ausfuhr von Rohfellen zu verbieten, um die im Lande herrschende Knappheit dieses Artikels zu beseitigen. Die Regierung lehnte das aber ab mit der Begründung, daß aller Voraussicht nach die Knappheit nur von kurzer Dauer sein würde.

Der Baumwollbau ist im Anfangsstadium, aber die bisherigen Erfahrungen sind vielversprechend für die Zukunft.

Die Tabakernte war 1918 bedeutend unter dem Durchschnitt.

Der Straußenfederhandel hat sich gegen die früheren Jahre in finanzieller Beziehung gebessert, jedoch wäre es nicht ratsam, daraufhin den Vogelbestand (der in den letzten Jahren bedeutend verringert wurde) gleich wieder zu vermehren, da die Straußenfeder als absoluter Luxusartikel doch allzusehr der Modelaune unterworfen ist.

Der Maisbau macht gute Fortschritte. Die Anbauflächen vergrößern sich von Jahr zu Jahr. (Allerdings hat die diesjährige Ernte durch Arbeitermangel, Influenza-Epidemie usw. sehr gelitten und ist ca. 11 % unter der vorjährigen Ausbeute zurückgeblieben.)

Der Export an Getreide betrug während des Jahres v. 1. 7. 18 bis 30. 6. 19 3 087 973 Sack einschl. 1 354 973 Sack Mais und 1 384 452 Sack Maismehl.

Wattle-Rinde konnte während des Krieges infolge der Transportschwierigkeiten sehr wenig ausgeführt werden. Die jetzt eintretende etwas freiere Ausfuhr bringt den Plantagenbesitzern eine große Erleichterung.

Die Zuckerindustrie hat sich bedeutend gehoben. Das Zuckerjahr 1918/19 ergab 150 000 tons guter marktfähiger Ware im Werte von ca. 3 Mill. £. Man rechnet für 1919/20 auf eine weitere Zunahme von 10—20 000 tons, so daß in Zukunft anstelle der Einfuhr eine Ausfuhr treten wird.

An sonstigen allgemeinen Industrien besitzt Süd-Afrika ca. 5000 Fabriken, in denen ca. 51 Mill. £ Kapital angelegt sind. Aus den fast nur im Lande gewonnenen Rohmaterialien im Werte von etwa 14 Mill. £ werden für rund 40 Mill. £ Handelsartikel erzeugt, wovon für 2 Mill. £ ins Ausland wandern. Beschäftigt werden in diesen Betrieben rund 114 000 Arbeiter, darunter 46 000 Weiße.

Die ganze Ausfuhr in 1918 bezifferte sich auf

32 949 237 £ (exkl. rund 36 Mill. £ Gold). Die Einfuhr überstieg mit 49 487 168 £ die vorjährige um rund 11 Mill. £.

In Bank- und Industriekreisen ist man für Einführung des Dezimalsystems, wodurch in allen Berechnungen durch die Vereinfachung eine allgemeine Zeitersparnis eintreten würde.

Nach „Times Trade Supplement“ v. 27. 9. 19 betrug die Einfuhr im ersten Halbjahr in 1000 £:

1919	1918	1914	1913
24 953	18 578	17 346	18 527

Hiervon entfielen auf die Herkunftsländer:

	1919	1918	1914	1913
England	44,6 %	48,4 %	55,3 %	55,0 %
Englische Kolonien ..	15,8 „	17,3 „	12,0 „	12,7 „
Amerika	27,3 „	17,2 „	9,5 „	9,0 „
Deutschland	0,1 „	—	9,6 „	8,8 „
Japan	4,5 „	5,4 „	0,3 „	0,2 „
Andere Länder	7,7 „	11,7 „	13,3 „	14,3 „

Beträchtlich ist der Fortschritt der Handelsbeziehungen zwischen Kanada und Süd-Afrika, dem durch Entsendung eines kanadischen Handelssachverständigen nach Süd-Afrika Rechnung getragen wurde.

Die kanadische Einfuhr nach Süd-Afrika konnte sich infolge der Kriegsverhältnisse mehr als verdreifachen (1913 = 3,2 Mill., 1918 = 9,7 Mill. \$). 1913 waren nur ca. 14, 1918 dagegen 238 kanadische Handelshäuser in Süd-Afrika vertreten. Besondere Zunahme erzielten folgende kanadische Waren: Hufeisen, Stacheldraht, Messerwaren, Fahrzeuge, Farben.

Die „Elder Dempster Linie“ hat eine direkte Verbindung hergestellt. Die Dampfer laufen einmal monatlich im Winter zwischen Kapstadt und St. John (Neu-Braunschweig) und in den sieben Sommermonaten zwischen Kapstadt und Montreal.

*

Ein Vergleich der Jahre 1911 und 1918 zeigt den landwirtschaftlichen Aufschwung der Union.

	(in 1000 acres)	1911	1918
Fläche der Farmen		188 000	229 270
davon Ackerland bebaut		6 565	8 100
„ unbebaut		1 785	1 940
„ bewässert		928	968

Die Weizenernte stieg in diesen Jahren von 362 Mill. auf 608 971 000 lb, die Anbaufläche von Weizen von 803 000 auf 987 000 acres, die von Mais von 2 299 000 auf 4 420 000 acres.

Viehbestand:	1911	1918
Pferde	719 414	781 022
Maultiere	93 931	84 559
Esel	336 710	554 316
Rindvieh	5 796 940	6 851 924
Schafe in Wolle ..	21 842 215	25 058 718
„ sonstige ..	8 114 444	4 855 317
Ziegen (Angora) ..	4 275 335	2 731 178
„ (andere) ..	7 487 644	5 287 693
Schweine	1 081 000	1 043 224
Strauße	746 736	314 265

Der auffallende Rückgang in der Straußeizucht ist hervorgerufen durch die Absatzschwierigkeiten der letzten Jahre, die die Züchter veranlaßten, ihren Bestand an Vögeln zu verringern. Heute können die Züchter weder über Absatzschwierigkeiten noch über zu niedrige Preise klagen.

Die Jahresziffern der Molkereiprodukte haben einen guten Aufschwung genommen. Butter wurde in 1918 ca. 2 Mill. lb mehr hergestellt wie in 1911. An Käse wurden 1918 ca. 1 754 000 lb gegen 319 000 lb in 1911 produziert.

Mit Mais wurden in 1911 ca. 2 289 562 acres und in 1918 ca. 4 420 936 acres bebaut.

*

Generalgouverneur Buxton erklärte kürzlich einer Abordnung aus Nord-Rhodesia, daß an eine Einverleibung

Nord-Rhodesias an die Südafrikanische Union vorläufig nicht gedacht würde. Die Vertreter Nord-Rhodesias, das bekanntlich noch von der British South Africa Chartered Co. verwaltet wird, brachten für den Fall, daß eine Änderung vorgenommen werden sollte, den Wunsch vor, in eine Kronkolonie verwandelt zu werden. Der Gouverneur versprach, diesen Antrag in befürwortender Weise an seine Regierung weiterzugeben (South Africa, 20. 9. 19). Botha und Smuts sollen andererseits, wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ v. 30. 9. 19 schreibt, bei ihrem Aufenthalt in England mit dem Kolonialminister Lord Milner bereits über die Einverleibung Rhodesias in die Südafrikanische Union verhandelt haben.

Laut „Government Gazette“ v. 20. 9. 19 wurde der Friedensvertrag von Versailles (v. 28. 6. 19) von der Südafrikanischen Union ratifiziert und auch gleichzeitig die Annahme des Mandats für Südwest-Afrika beschlossen. Indes scheint man sich bezüglich Südwest-Afrikas in maßgebenden Kreisen der Südafrikanischen Union doch noch nicht so ganz sicher zu sein, ob das Schicksal dieses Landes immer das von der Entente beschlossene sein wird.

In der „S. A. Review“ v. 12. 9. 19 bekämpft z. B. ein Korrespondent die Idee, die Walfisch Bay zum Haupthafen der Westküste zu machen. Dieser Gedanke ist nach seiner Ansicht einfach unbegreiflich, wenn man nicht befürchtete, Südwest-Afrika einstens wieder zurückgeben zu müssen. Er begründet das so: „Walfisch Bay ist allerdings ein nicht zu unterschätzender natürlicher Hafenplatz, aber für die Zukunft kann er gar nicht in Frage kommen, weil er der Versandung zum Opfer fallen wird, wogegen auch alle Baggerarbeiten, wie sich schon ergeben hat, nichts helfen können. Außerdem finden im Hafenbassin auch von Zeit zu Zeit vulkanische Eruptionen statt, die jedesmal ein großes Fischsterben verursachen. Ferner hat Walfisch Bay absolut kein natürliches Trinkwasser, die wenigen Bewohner müssen kondensiertes Seewasser zum Kochen, Trinken und Baden benutzen. An Gebäuden hat die ganze Niederlassung höchstens 60 aus Holz und Wellblech hergestellte Behausungen bzw. Schuppen und eine Eingeborenenkirche. Kein Krankenhaus, keinen Arzt, keine Apotheke, noch nicht einmal ein Barbier ist vorhanden; die Hauptbelieferung an Waren usw. erfolgt von dem ca. 30 km entfernten Swakopmund, im besonderen mit frischem Fleisch, Backwaren, frischem Gemüse usw. Swakopmund dagegen hat heute zwar noch keinen Hafen, alle auf dem Seewege kommenden und gehenden Güter müssen durch Leichter von den bis auf ca. 3–4 km vom Ufer entfernt ankernenden Schiffen ans Land gebracht werden; dem ließe sich aber durch den Bau einer entsprechenden Hafenanlage abhelfen. Alle anderen Einrichtungen sind hier aber vorhanden.“

Uns kann es recht sein, wenn die Engländer Walfisch Bay nicht zum Haupthafenplatz und Ausgangspunkt der Bahn machen, weil die großen deutschen Werte in Swakopmund dadurch erhalten bleiben. Wir Deutschen hätten wahrscheinlich, wenn wir vor zwanzig Jahren im Besitz der Walfisch Bay gewesen wären, dort, und nicht jenseits des Swakop unseren Hauptküstenplatz angelegt. Es kommt eben darauf an, was billiger ist: in Swakopmund einen Hafen oder in Walfisch Bay eine Stadt zu erbauen und die Bucht in einen Hafen umzuwandeln. Letzteres dürfte aber in der Tat sehr teuer werden, da, wie wir von einem Spezialkenner erfahren, die Walfisch Bay tatsächlich immer mehr versandet und zwar unter Umständen, die zu der Annahme unterseeischer Veränderungen vulkanischer Natur zwingen. Auch daß das periodische Fischsterben damit in Zusammenhang steht, wird für sehr wahrscheinlich gehalten.

„The African World“ v. 6. 9. 19 bringt einen Bericht der für Deutsch-Südwest-Afrika neugegründeten Diamant-Gesellschaft an die Anteilhaber, welcher besagt:

„Bei den Arbeiten im Meere, das ja nach einer der herrschenden Theorien die Mutter der Diamanten sein soll, ist der Dampfer „Nautilus“ verloren gegangen. Der als Ersatz dann angekaufte Walfischfänger „Eclair“ (165 Tonnen) erwies sich als ungeeignet, worauf die Seeoperationen einstweilen eingestellt wurden. Die Ausbeute bei all diesen Anstrengungen bestand aus einem Diamanten von $1\frac{1}{4}$ Karat und zwar in der sogenannten Süd-Bay in einer Tiefe von $3\frac{1}{2}$ Faden.

Die Gesellschaft kaufte noch die Rechte der bestehenden Diamantengesellschaften „Cimbria“, „Claratal“ und der „Kolmanskop Bahnfelder“ an. Von den früher von der Bergbaugesellschaft erworbenen acht Feldern grenzt das südlichste (Levinstal) unmittelbar an die Pomona-Felder.

Ferner sicherte sich die Gesellschaft das Vorkaufsrecht auf die Interessen der Diamanten-Aktiengesellschaft und der Diamantenfelder Verwertungsgesellschaft Conceptionbucht m. b. H., welche letztere allein ca. 1200 Felder mit ca. 50 engl. Quadratmeilen umfaßt. Über andere noch zu erwerbende Anbaurechte schweben noch Verhandlungen. Bei der Prüfung dieser hier in Frage kommenden Flächen wurden ca. 415 Karat gefunden, worunter sich ein Stein von $6\frac{1}{4}$ Karat in besonders guter Qualität befand.

Das der Gesellschaft gehörende Feld „Nautilus“ will man

einer anderen Gesellschaft gegen eine Abgabe von 10 % (des Förderungswertes) zum Abbau übergeben, weil bei der ungünstigen Lage (nördlich von Lüderitzbucht) der gleichzeitige Abbau mit den der Gesellschaft gehörenden südlichen Feldern schwierig erscheint.

Auch für die Besiedlung Südwest-Afrikas mit südafrikanischen Farmern beginnt man sich zu interessieren. Der stellvertretende Premierminister Malan beantwortete eine Anfrage bezgl. der Freigabe Südwest-Afrikas für freie Spekulation usw. dahin, daß nach offiziellem Friedensschluß hierüber erst endgültig entschieden werden soll. Inzwischen werden nur Erlaubnisscheine an einwandfreie Personen ausgegeben, welche ihnen schon jetzt ermöglichen, sich Land behufs späterer Ansiedlung auszusuchen. Feste Grunderwerbsabschlüsse schon jetzt zu tätigen, ist unter den augenblicklichen Verhältnissen sehr riskant, da die später aufzustellenden Richtlinien hierfür die Rechtsgültigkeit der jetzigen Abmachungen anfechten können.

Für den Kenner südafrikanischer Verhältnisse bedeutet das, daß einige wenige, die sich hoher Protektion erfreuen, schon jetzt alles wirklich gute Land an sich bringen dürfen.

Z-Schi.

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Mark und Frank gaben weiter nach, Pfund und Dollar stiegen, abgesehen von Zürich.

Kurs der Reichsmark

	27. 10.	28. 10.	29. 10.	30. 10.	31. 10.	1. 11.	gegen Münz- pari am 1. 11. bzw. 31. 10.
Zürich	18,85	18,30	18,25	18,25	17,90	18,—	— 85,42
Amsterdam ..	9,57	8,80	8,80	8,47	8,45	8,42	— 85,79
Stockholm ..	14,40	14,25	14,25	14,25	14,—	13,75	— 84,53
Kopenhagen ..	15,75	15,75	15,75	15,75	15,50	15,75	— 82,28
Kristiania ..	—,—	14,50	14,85	14,58	—,—	—,—	— 83,60
Wien	375,—	375,—	375,—	375,—	360,—	—,—	+ 206,23

Kurs der deutsch-österreich. Krone

	27. 10.	28. 10.	29. 10.	30. 10.	31. 10.	1. 11.	gegen Münz- pari am 1. 11. bzw. 31. 10.
Zürich	5,25	5,15	5,25	5,25	5,50	5,50	— 94,77
Amsterdam ..	2,40	2,45	2,45	2,37	2,50	2,50	— 95,04

Kurs des französischen Franken

	27. 10.	28. 10.	29. 10.	30. 10.	31. 10.	1. 11.	gegen Münz- pari am 1. 11. bzw. 31. 10.
Zürich	64,50	64,50	64,50	63,40	63,50	63,50	— 36,50
Amsterdam ..	30,15	30,40	30,75	—,—	29,70	29,80	— 37,92
Stockholm ..	48,25	48,25	48,—	47,50	47,50	48,—	— 33,33
Kopenhagen ..	54,25	54,—	53,—	53,—	53,25	53,50	— 25,69
Kristiania ..	—,—	50,75	50,75	50,—	—,—	—,—	— 27,77

Kurs des Pfund Sterling

	27. 10.	28. 10.	29. 10.	30. 10.	31. 10.	1. 11.	gegen Münz- pari am 1. 11. bzw. 31. 10.
Zürich	23,49	23,29	23,34	23,31	23,33	23,34	— 7,45
Amsterdam ..	10,97	10,98 $\frac{1}{2}$	10,99	11,—	—,—	11,01	— 8,34
Stockholm ..	17,32	17,45	17,45	17,42	17,47	17,55	— 3,34
Kopenhagen ..	19,44	19,44	19,49	19,52	19,55	19,60	+ 7,93
Kristiania ..	—,—	18,25	18,30	18,29	—,—	—,—	+ 0,71

Kurs des Dollar

	27. 10.	28. 10.	29. 10.	30. 10.	31. 10.	1. 11.	gegen Münz- pari am 1. 11. bzw. 31. 10.
Zürich	562,—	559,—	559,—	558,—	560,—	559,50	+ 7,95
Amsterdam ..	263,50	262,75	262,75	263,25	264,25	—,—	+ 6,22
Stockholm ..	417,—	417,—	418,—	418,—	419,—	421,—	+ 12,82
Kopenhagen ..	467,—	—,—	477,75	468,—	468,70	469,50	+ 25,82
Kristiania ..	—,—	438,—	439,—	440,—	—,—	—,—	+ 17,92

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	22. 10.	29. 10.
Alexandrien	97 $\frac{3}{8}$ pari	97 $\frac{3}{8}$ pari
Bombay/Kalkutta	2 s 0 $\frac{1}{8}$ d—2 s 0 $\frac{1}{4}$ d	2 s 0 d—2 s 0 $\frac{1}{8}$ d
Hongkong	4 s 5 $\frac{3}{4}$ d	4 s 6 d
Shanghai	6 s 6 d	6 s 8 d
Singapore	2 s 4 $\frac{5}{32}$ d—2 s 4 $\frac{3}{8}$ d	2 s 4 $\frac{5}{32}$ d—2 s 4 $\frac{3}{8}$ d
Yokohama	2 s 5 d—2 s 5 $\frac{1}{4}$ d	2 s 5 d—2 s 5 $\frac{3}{8}$ d
Montevideo T.T.	58 $\frac{3}{8}$ d—58 $\frac{7}{8}$ d	58 $\frac{7}{8}$ d—59 $\frac{3}{8}$ d
Rio de Janeiro	14 $\frac{11}{16}$ d	14 $\frac{7}{8}$ d
Buenos Aires T.T.	55 $\frac{1}{8}$ d—55 $\frac{5}{8}$ d	55 $\frac{7}{16}$ d—55 $\frac{9}{16}$ d
Valparaiso 90 T.	11 $\frac{13}{16}$ d	11 $\frac{13}{32}$ d

Geldverfassung und Währungspolitik

Das Goldagio für Zollzahlungen wurde für die Woche vom 26. 10. bis 1. 11. einschl. weiter von 490 auf 520 % erhöht. Vom 2. bis 8. 11. bleibt es unverändert. („Frankfurter Zeitung“ Nr. 801 v. 25. 10. und Nr. 819 v. 1. 11.)

Nach dem „Manchester Guardian“ Nr. 22 881 v. 24. 10. sind 40 Mill. Gold aus Deutschland über Antwerpen zur Bezahlung von Lebensmitteln nach England gegangen.

Für die Lösung der schleswigschen Valutafrage liegen dem zuständigen Ausschuß des dänischen Parlaments laut „Tyns Venstreblad“ zwei Vorschläge vor. Der eine, der von schleswigscher Seite kommt, würde den dänischen Staat schätzungsweise 400—500 Mill. Kr kosten, während der zweite, der von dänischen Konservativen herrührt, bei einem Kurs von 45 etwa 200 Mill. Kr erfordern würde. Das genannte Blatt meint, vielen Dänen erschienen beide Vorschläge für die Staatskasse unerschwinglich. („Frankfurter Zeitung“ Nr. 804 v. 27. 10.)

Der polnische Finanzminister Bilinski beabsichtigt, vor Einführung der Valutareform zunächst die deutsch-österreichische Krone gegen polnische Mark umzutauschen. Dies soll innerhalb drei bis vier Monaten geschehen, sofern die Wiener Druckerei genügend polnische Markscheine fertigtstellen vermag. („Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ Nr. 105 v. 30. 10.)

Die polnische Devisenzentrale macht bekannt, daß sämtliche anzunehmenden oder genommenen Beträge für Rechnung ausländischer Firmen nur zu Auszahlungen innerhalb des Landes verwendet werden dürfen. Überweisung derartiger Summen nach dem Auslande erfordert vorhergehende Genehmigung der staatlichen Devisenzentrale. („Frankfurter Zeitung“ Nr. 796 v. 24. 10.)

Die Warschauer Devisenzentrale hat damit begonnen, auch den Reichsmarkkurs zu notieren. Es wurden bisher 100 deutsche Mark zu 140 polnische Mark festgesetzt. Bedeutend höhere Preise wurden im Schleichhandel erzielt. Einen nicht unbedeutenden Preisunterschied zeigen deutsche Scheine mit rotem und grünem Stempel. In Lodz wurde vor kurzem ein Tausendmarkschein mit rotem Stempel mit 1650, ein solcher mit grünem nur mit 1500 polnischen Mark bezahlt. („Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ Nr. 107 v. 1. 11.)

Seit einiger Zeit, besonders seitdem die polnische Markwährung gegenüber der deutschen ein Disagio zu zeigen begann, hat sich eine Spekulation in den sogenannten „Kriesnoten“ herausgebildet. Diese Noten wurden seinerzeit von der polnischen Landesdarlehnskasse ausgegeben und tragen die Unterschrift des Gouverneurs von Kries. Die Spekulation glaubt nun, daß entsprechend dem Text der Noten das Deutsche Reich sie in deutschen Scheinen zum Nennwert einlösen werde. Nun haben die Polen aber Hunderte von Millionen derartiger Noten ohne Wissen und Willen der deutschen Regierung in Verkehr gesetzt. Für diese kann das Reich nicht verantwortlich gemacht werden. Auch hatte sich das Reich nur für den Fall der Einziehung der Kriesnoten zur Einlösung verpflichtet; die Polen haben die Landesdarlehnskassen aber nicht liquidiert. („Frankfurter Zeitung“ Nr. 813 v. 30. 10.)

Die baltischen Wechselkurse auf London in Reval v. 20. 10. lauten: pro £: Estnische Mark 236,—, Finnische Mark 98,25, Romanoff Rubel (große Stücke) 162,76, Romanoff Rubel (kleine Stücke) 174,80, Duma-Rubel 342,05, Oberost-Mark 121,—, Reichsmark 112,40, Schwedische Krone 17,25, Dänische Krone 19,35, Amerik. Dollar 4,20, Holländ. Gulden 10,75, Franz. Franken 36,05. („Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ Nr. 105 v. 30. 10.)

Um dem immer mehr überhandnehmenden Abfluß von Metallgeld zu steuern, hat die französische Zollverwaltung bestimmt, daß der Reisende, der Frankreich verläßt, nur noch 10 fr in Metallgeld, statt wie bisher 50 fr, bei sich führen darf. Außerdem haben die Zollbehörden an den Grenzen genaue Vorschriften erhalten, um das Schmuggeln von Kleingeld zu verhüten. Das Ausprägen von Silbermünzen soll in verstärktem Maße wieder aufgenommen werden. Auch beabsichtigt man, 10 Mill. fr Sousstücke in Nickelbronze ausprägen zu lassen. („Deutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 538 v. 2. 11.)

Die argentinische Regierung hat dem Kongreß den Entwurf einer reinen Staatsbank vorgelegt, der von einem ähnlichen, vor zwei Jahren eingebrachten nur in wenigen Punkten abweicht. Die Hauptbefugnis dieser „Banco de la Republica“ besteht in der Ausgabe des Geldes und in der Übernahme der bisher von der Konversionskasse geübten Tätigkeit. Andere Obliegenheiten der Staatsbank sollen die Förderung des Kredits, Überwachung der ausländischen Wechselkurse und des Zinsfußes, Übernahme der Funktionen eines Clearinghouse usw. sein. In der Praxis würden die Betriebsmittel der Bank der Republik sich zunächst aus dem Konversionsfonds und der Kasse der künftig von ihr zu verwaltenden Abrechnungsstelle der anderen Banken bestehen. Diese Mittel würden der Bank der Nation, die den Konversionsfonds und die Abrechnungsstelle gegenwärtig verwalten, entzogen. Was das besagen will, das erkennt man, wenn man die letzte Monatsbilanz der Bank der Nation ansieht. Die Bank hatte Ende August 286,75 Mill. \$ Papier und 35,91 Mill. \$ Gold in der Kasse. Davon waren aber 3,02 Mill. \$ Gold und 128,59 Mill. \$ Papier Kasse der Abrechnungsstelle, und wenn auch noch die 30 Mill. \$ Gold des Konversionsfonds abgezogen werden, so würden der Bank der Nation nach Konstituierung des anderen Staatsinstituts derzeit noch 2,89 Mill. \$ Gold und 158,16 Mill. \$ Papier, oder im ganzen 164,50 Mill. \$ Papierwert an Kassendeckung verbleiben für 1043,39 Mill. \$ Papierwert eigener Depositen. Das Kapital der Bank der Republik soll 129 Mill. Goldpesos betragen. („Buenos-Aires Handelszeitung“, Nr. 1629 v. 20. 9.)

Staatsanleihen

Von deutsch-österreichischer Seite wird in Amsterdam die Aufnahme eines 20-Mill.-Gulden-Kredits zwecks Finanzierung von Lebensmittelankäufen betrieben; hierdurch würden die holländischen Kredite an Österreich auf 60 Mill. fl steigen. Als Pfand für diese neuen Kredite sollen die Kunstschatze der Stadt Wien dienen. („Inf.“, 23. 10.)

„Times“ v. 22. 10. melden, die englische Regierung plane die Gewährung einer 100-Mill.-£-Anleihe an Ungarn, für deren Sicherstellung die ungarischen Eisenbahnen verpfändet werden sollen.

Das jugoslawische Ministerium bereitet ein Moratoriumsgesetz vor, laut dem Schulden nur der materielle Schuldner zahlen soll und für die Kriegszeit keine Zinsen berechnet werden sollen. („D. A. Z.“, 21. 10.)

Bulgarische Schulden an Frankreich betragen zurzeit 351 Mill. frs zuzüglich der seit Juni 1915 nicht mehr bezahlten Zinsen. Das beträchtliche Golddepot, das Bulgarien bei der Kriegserklärung bei einer französischen Großbank hatte und das seinerzeit unter Sequester gestellt wurde, dürfte nunmehr zur Begleichung der rückständigen Zinsen verwandt werden. („Petit Parisien“, 25. 9.)

Die Ausgabe der luxemburgischen 100-Mill.-frs-Anleihe wird in Schuldscheinen zu 200, 500 und 1000 fr erfolgen; die Zulassung an einer ausländischen Börse soll nachgesucht werden. (Vgl. „W. D.“ Nr. 44.) („Nachrichten“, 3. 10.)

Auf die aufgelegten holländischen 60 Mill. fl 4½ % Schatzscheine und Schatzwechsel wurden insgesamt 57 Mill. fl gezeichnet. („Nachrichten“, 3. 10.)

In New York wurde eine englische Anleihe von 250 Mill. \$ in konvertiblen 5½ % Bonds abgeschlossen; den amerikanischen Bankfirmen steht es frei, entweder dreijährige Notes zu zeichnen, die dem Publikum zu 98 % anzubieten sind oder aber zehnjährige Bonds zu 96¼ %. Die Anleihe ist für amerikanische Besitzer frei von englischen Steuern; es bleibt abzuwarten, ob der Hauptzweck der Anleihe, eine Hebung des £-Kurses in New York, erreicht wird. („F. Z.“, 24. 10.)

Aus New York wird gemeldet, die Alliierten würden auf dem Internationalen Handelskongreß in Atlantic City für Frankreich, Italien und Belgien um Kredite von 2–10 Milliarden ersuchen. („F. Z.“, 24. 10.)

Der französische Finanzminister Klotz kündigte in der Kammer die Absicht der Regierung an, Anfang nächsten Jahres eine große Anleihe vorzubereiten. („D. A. Z.“, 23. 10.)

Die unmittelbar von den Kriegereignissen betroffenen französischen Gemeinden können Staatsdarlehen für dringliche Aufgaben erhalten, die beim Crédit Foncier de France beschafft werden, und zwar aus den durch Ausgabe von Kommunalobligationen erlangten Mitteln. Als Gesamtbetrag dieser Kredite sind 300 Mill. fr vorgesehen. („F. Z.“ 19. 10.)

Die Vereinigten Staaten haben Italien einen neuen Kredit von 1 Mill. \$ bewilligt, wodurch der Gesamtbetrag der amerikanischen Vorschüsse an Italien auf 152 Mill. \$ steigt. („Inform.“ 23. 10.)

Betr. der italienischen Zwangsanleihe (vgl. „W. D.“ Nr. 44) ist nachzutragen, daß die Mindestabgabe (bei Vermögen von 20 000 bis 50 000 Lire) 5 %, die Höchstabgabe (bei über 100 Mill. Lire) 40 % beträgt. („N. Fr. Pr.“ 19. 10.)

Das brasilianische Budget für das Fiskaljahr 1920 sieht die Auflegung einer Anleihe von etwa 5 Mill. £ vor. („Inf.“ 18. 10.)

Die Regierung von Neu-Süd-Wales legt eine 5½ % Anleihe von 3 Mill. £, laufend von 1924 bis 1934, auf; der Ausgabekurs ist 98 %. Die Emissionsbank ist die London County Westminster and Parr's Bank, London. („Times“ 22. 10.)

Neugründungen und Kapitalerhöhungen

Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Gewerbegruppen	Stammkapital		Kapitalerhöhungen	
	Zahl in der Ges.	in 1000 Mk.	Zahl in der Ges.	in 1000 Mk.
Land- und Forstwirtschaft	3	198	1	20
Tierzucht und Fischerei	1	1000	—	—
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen ..	4	391	1	160
Industrie der Steine und Erden	26	1540	—	—
Metallverarbeitung	23	905	2	41
Industrie d. Maschin., Apparate u. dgl.	48	2715	—	—
Schiffswerften	—	—	—	—
Elektrotechnische Industrie	17	646	—	—
Elektrizitätserzeugung	1	70	—	—
Chemische Industrie	35	3036	4	286
Seifen, Fette, Öle, Firnisse u. dgl. ..	4	440	—	—
Gas- und Wasserbesorgung	—	—	—	—

Gewerbegruppen	Stammkapital		Kapitalserhöhungen	
	Zahl der Ges.	in 1000 M.	Zahl der Ges.	in 1000 M.
Spinnstoffgewerbe	8	555	3	330
Papierindustrie	4	310	—	—
Leder- und Gummiindustrie	5	183	—	—
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	16	439	2	37
Industrie der Nahrungs- u. Genußmittel	12	475	3	514
Brauereien, Mälzereien	1	360	—	—
Bekleidungsgewerbe	1	50	—	—
Reinigungsgewerbe	—	—	—	—
Baugewerbe	15	1100	1	14

Vervielfältigungsgewerbe, Anzeigenbüros, künstlerisches Gewerbe u. dgl.)	47	1540	1	79
Handelsgewerbe	157	7611	6	2398
Banken	—	—	—	—
Immobilienhandel und -Verwertung	48	6110	1	200
Versicherungsgewerbe	1	45	—	—
Verkehrsgewerbe	12	426	—	—
Fluß- und Küstenschifffahrt	3	165	—	—
Seeschifffahrt	1	21	—	—
Gast- und Schankwirtschaft	4	110	—	—
Musik, Theater- u. Schaustellungsgew.	7	348	—	—
Sonstige Gesellschaften	7	155	2	70

F. L.

Schifffahrt und Schiffbau

England

Schiffahrtsfragen im Unterhause. Auf verschiedene Anfragen erklärte Sir Geddes, eine allgemeine Revision der Frachtraten sei weder möglich noch beabsichtigt, bevor der Frachten-Beratungsausschuß zusammengetreten sei, dessen Bildung baldigst zu erwarten stehe. Die erste Aufgabe dieses Ausschusses werde es sein, einen Plan für die sofortige Erhöhung der Frachtraten auszuarbeiten.

Der Vertreter des Handelsamtes teilte mit, daß im August und September die Kohlenausfuhr durchschnittlich 557 000 t, und der Preis 2/14/9 für die Tonne betragen habe.

Auf die Frage des Abgeordneten Houston, ob der Gewinn auf Bunkerkohlen, die in Liverpool 6 £ die Tonne kosten, und ob die Kohlenausfuhr dazu diene, um die inländische Industrie mit Kohlen zu 35/— s zu beliefern, antwortete die Regierung, ausweichend, daß das Handelsamt mit der Frage befaßt sei.

Hb.

Die White Star Linie und die Leyland Linie, deren Aktienmehrheit in amerikanischen Händen ist, haben, um die britische Nationalität zu gewährleisten, Verträge mit der englischen Regierung geschlossen, wonach letztere die beiden Gesellschaften ohne Rücksicht darauf, daß die Aktienmehrheit sich in ausländischem Besitze befindet, als britische Gesellschaften betrachtet und behandelt und ihnen insbesondere die Führung der englischen Handelsflagge sichert. Dagegen haben die Gesellschaften, deren Direktoren künftig nach den Satzungen englische und in England ansässige Bürger sein müssen, dem Board of Trade das Recht einräumen müssen, die künftig zu wählenden Direktoren zu bestätigen oder abzulehnen. Das Abkommen mit der Regierung ist für unbestimmte Zeit geschlossen und kann von jeder Seite nur mit einer 5jährigen Kündigungsfrist aufgehoben werden. Zur Inkraftsetzung des Vertrages haben beide Gesellschaften bereits Generalversammlungen ihrer Aktionäre abgehalten, von denen die Abmachungen bestätigt wurden.

Hb.

Neue Seemannsordnung. Dem Vertreter der englischen Regierung auf der Internationalen Arbeiterkonferenz in Washington ist durch den Vorsitzenden des Seefahrerbundes der Entwurf für eine Seemannsordnung unterbreitet worden, für dessen Beratung der Bund eine eigene Internationale Konferenz fordert. Die neuen Bestimmungen, die internationale Geltung haben und für alle Schifffahrt treibenden Nationen bindend sein sollen, umfassen folgende 15 Punkte:

1. Internationale Mindestlöhne
2. " Ladelinie (Freibord)
3. " Ausschliefung oder Beschränkung von Deckladungen
4. " Sicherheitsvorschriften
5. " Mannschaftsrollen
6. " Vorschriften für die Mannschaftsunterkunftsräume
7. " Regelung der Dienststunden auf See und in Häfen sowie Festsetzung der monatlichen Arbeitstage
8. " Verpflegungsvorschriften
9. Anspruch der Mannschaft auf einen Teil ihres Lohn-guthabens in fremden Häfen
10. Fortzahlung der Löhnung bei Schiffbruch bis zur Rückkehr in die Heimat
11. Berechnung der Löhnung vom Heuertage bis zur Abmusterung

12. Internationale Entschädigungssätze für Todesfälle, Unfälle und Verlust der Effekten
13. Lotsenwesen, a) Lotsenzwang
b) Vorschriften über Nationalität der Lotsen
c) Verbot von Lotsendiensten für Schiffs-offiziere
14. Ausbau der Funkentelegraphie auf Seeschiffen
15. Einrichtung nationaler Schifffahrtsräte und Schaffung eines internationalen Schifffahrtsgewerberates.

Hb.

Ölstationen in englischen Häfen. Die zunehmenden Schwierigkeiten der Kohlenproduktion in allen wichtigsten Kohlenausfuhrländern bringen es mit sich, daß die Frage der Ölföuerung und der Anlage von Ölstationen für die Schifffahrt eine immer größere Dringlichkeit gewinnt. Die amerikanische Schifffahrt, für die Öl dank der nahen heimischen und mexikanischen Ölquellen der billigere Brennstoff ist, schickt sich an, diesen Vorteil durch weitgehende Einführung der Ölföuerung auszunutzen, und erhofft von diesem Schritt eine Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere gegenüber der britischen Schifffahrt. Für England war bisher Kohle der billigere Brennstoff, aber die mannigfachen Vorzüge der Ölföuerung in Verbindung mit den gegenwärtigen Zuständen in der heimischen Grubenindustrie zwingen, dem Beispiele Amerikas zu folgen. Nahezu alle größeren britischen Schifffahrtsgesellschaften beschäftigen sich mit der Ölföuerungfrage und einige haben bereits mit der Umwandlung ihrer Schiffe in Ölbrenner begonnen. Daß man auch für Bunkerungsgelegenheiten in den Häfen in großem Maßstabe zu sorgen beabsichtigt und die Einrichtung von Ölstationen an allen wichtigsten Plätzen des britischen Seeverkehrs plant, lassen einige Äußerungen des Vizepräsidenten der Anglo-American Oil Co. erkennen, die die Zeitschrift „The Compendium“ in einer ihrer neuesten Nummern bringt. Danach wird von der Gesellschaft in Belfast ein besonders großes Öldepot von einem Fassungsvermögen von 10–20 000 Tonnen eingerichtet und für Tankleichter usw. in ausreichender Menge gesorgt werden. Auch in Glasgow, Liverpool und Southampton werden umfassende Vorbereitungen für die Anlage von Öldepots und die für Ölbunkerungen nötigen Fahrzeuge und Einrichtungen getroffen. Die Anglo-American Oil Co. wird diese Entwicklung nach einem großzügigen Plan fördern, der die Schaffung der nötigen Einrichtungen nicht nur für die heimischen Häfen, sondern auch für die wichtigsten britischen Überseeplätze vorsieht.

A. K.

Vereinigte Staaten

Amerikanische Seeausfuhr 1918/19. Der Wert der im Ende Juni abgeschlossenen Fiskaljahre 1918/19 aus den Vereinigten Staaten seewärts ausgeführten Güter belief sich auf 4 625 529 355 \$. An dieser Ausfuhr war der amerikanische Schiffsraum mit 1 583 519 235 \$ beteiligt. Für die drei letzten Fiskaljahre stellen sich die Wertzahlen wie folgt:

Fiskaljahr	i. amerikan. Schiffen	i. fremden Schiffen	Zus.
(endend Juni)	in 1000 \$:		
1916/17	794 604 (14,6 %)	4 637 151 (85,4 %)	5 431 755
1917/18	961 699 (19,0 %)	4 131 831 (81,0 %)	5 093 530
1918/19	1 583 519 (25,5 %)	4 625 529 (74,5 %)	6 209 048

Der Wert der Gesamtausfuhr ist also wenig gestiegen. Berücksichtigt man die gleichzeitige scharfe Preissteigerung der meisten Ausfuhrwaren, so liegt der Schluß nahe, daß die Ausfuhrmenge beträchtlich zurückgegangen sein muß. Hinsichtlich des Anteils der amerikanischen und fremden Flagge

am Ausfuhrwert ist festzustellen, daß der Anteil des fremden Schiffsraums ziemlich gleich geblieben ist, während der des amerikanischen Schiffsraums stetig zugenommen hat. Mit dem raschen Wachsen der amerikanischen Neutonnage, der Freigabe der bisher noch für Truppentransporte und sonstige militärische Dienste in Anspruch genommene Schiffe und der Übergabe des nach dem Friedensvertrag an die Alliierten auszuliefernden Restes der deutschen Schiffe dürfte sich das Anteilsverhältnis künftig noch sehr viel schneller zugunsten der amerikanischen Flagge verschieben, zumal die schiffahrtspolitischen Maßnahmen der Regierung ganz offenbar dahin streben, den ein- und ausgehenden Güterverkehr des Landes so weit wie möglich der heimischen Flagge zu sichern. Wie rasch sich diese Entwicklung vollzieht, zeigt der Umstand, daß der Anteil des amerikanischen Schiffsraums am Ausfuhrwert, der sich für das ganze Fiskaljahr 1918/19 auf 25,5 % stellte, in der Juli-ausfuhr dieses Jahres bereits auf 33,2 % gestiegen und über den bisher an erster Stelle stehenden Anteil der britischen Flagge hinausgegangen war. Es kann deshalb als einigermaßen sicher angenommen werden, daß der amerikanische Schiffsraum während des laufenden Fiskaljahres die Führung unter den Flaggen, die an der Beförderung der amerikanischen Exportgüter über See beteiligt sind, übernehmen wird.

Auf die Schiffe der verschiedenen Nationen verteilen sich die Werte der amerikanischen Ausfuhr im Fiskaljahre 1918/19 folgendermaßen:

	In den Fiskaljahren (endend Juni)		
	1916/17	1917/18	1918/19
	in 1000 \$		
Amerikanische Schiffe	794 604	961 698	1 583 591
Belgische	60 786	84 241	110 572
Britische	2 858 235	2 428 564	2 560 966
Dänische	94 459	155 365	182 857
Holländische	126 876	59 341	118 963
Französische	274 820	258 288	225 601
Deutsche	1 049	—	—
Italienische	178 477	206 463	215 373
Japanische	240 065	310 413	378 120
Norwegische	371 821	307 106	422 954
Spanische	117 896	129 169	103 778
Sonstige	312 662	192 876	306 340

Von den fremden Flaggen haben insbesondere die japanische, die dänische und die belgische ihre Anteile vergrößert. In geringerem Ausmaß auch die italienische und norwegische. Verrindert haben sich die Anteile des britischen, holländischen, französischen und spanischen Schiffsraumes. Die deutsche Flagge ist 1916/17 mit 1 049 000 \$ vertreten, dem Werte der Ladung des Handels-Ubootes Deutschland. A. K.

Amerikanisch-britischer Wettkampf in der Schifffahrt. Die in der vorstehenden Notiz erwähnte Tatsache, daß der Anteil der amerikanischen Schiffe an der amerikanischen Ausfuhr neuerdings über den Anteil der bisher führenden britischen Flagge hinausgeht, hat der amerikanischen Schifffahrtspresse erneut Gelegenheit zu triumphierenden Trompetenstößen gegeben. Sie wird dem New Yorker Korrespondenten der „Times“ zufolge drüber als ein Erfolg in dem scharfen Wettkampf angesehen, den die amerikanische Handelsflotte gegen die englische zu kämpfen habe und in dem Amerika sich mit allen Kräften bemühen werde, die während des Krieges gewonnene „Suprematie“ über die englische Flagge zu vergrößern.

Die Wendung von der amerikanischen Suprematie (die offenbar lediglich auf das Überwiegen der eigenen Flagge im amerikanischen überseeischen Güterverkehr zu beziehen ist) geht dem englischen Schifffahrtsblatt „Fairplay“ gewaltig gegen den Strich. Es glaubt nachdrücklich darauf hinweisen zu müssen, daß die Vereinigten Staaten von einer maritimen Vormachtstellung vorläufig noch recht weit entfernt seien, da ihre Flotte nur ungefähr halb so groß als die britische sei. „Ein Rennen um die Suprematie würde für uns eine schwere Prüfung bedeuten, aber es würde noch unendlich viel härter den amerikanischen Steuerzahler treffen. Denn mit einem Schiffbaupreis von 210 \$ oder — nach dem jetzigen Kursstand 50 £ — pro t dw, mit dem der Amerikaner rechnen müsse, würden neue Kampflinien ihren Betrieb mit einer hoffnungslosen Belastung beginnen und Abschreibungen, Versicherungsbeträge und Betriebskosten würden bald jede Aussicht auf Gewinn zerstören.“

Wenn ein 10 000 t Dampfer, dessen Bau in Amerika 500 000 £ erfordert, nach drei Jahren nur noch 10 £ per t, also 100 000 £ wert ist, was nicht ausgeschlossen erscheint, wird es dem

amerikanischen Schiffsamt möglich sein, in diesem dreijährigen Zeitraum mit dem Schiff Gewinne zu erzielen, die zur Abschreibung von 400 000 £ ausreichen? Und noch ein anderes Moment ist zu bedenken. Zum Glück für die englische Schifffahrt hat der Shipping Controller sich entschieden, alle während des Krieges erworbenen oder gebauten Schiffe an die privaten Reedereien abzugeben und seine Kontrolle so schnell als möglich abzubauen. Das Schiffsamt der Vereinigten Staaten jedoch hat nicht nur beschlossen, im Sattel zu bleiben, sondern es trägt sich zurzeit sogar mit dem Gedanken, noch weitere hochwertige Schiffe bei amerikanischen Werften zu bestellen, eine Absicht, die anzeigt, daß Patriotismus auf jede Rentabilitätsabwägung verzichten läßt. Für die Werften mag das eine gute Politik sein, für den Steuerzahler weniger. Das Schiffsamt richtet Linien nach allen Teilen der Welt ein. Es wird vielleicht sicherer und ehrlicher sein, mit Prophezeiungen zurückzuhalten, bis die Gewinn- und Verlustkonten der amerikanischen Schiffe etwa für das laufende Jahr veröffentlicht worden sind.“ A. K.

Die amerikanische Kohle auf dem Weltmarkt. Die schnell wachsende Bedeutung der Vereinigten Staaten als Kohlenausfuhrland ist der englischen Kohlenindustrie ein Gegenstand schwerer Sorge geworden. Über die Zukunftsaussichten der amerikanischen Kohle auf dem Weltmarkt ließ sich Mr. Gould, der Chef einer bekannten Cardiffer Kohlenfirma und Reederei sowie Mitglied des Parlaments, nach Rückkehr von einer Studienreise nach Amerika im Liverpooler Journal of Commerce, wie folgt, aus:

„Die der amerikanischen Kohlenausfuhr günstigen Momente sind vor allem die Schnelligkeit der Verladung, der billige Preis der Kohle an den Verschiffungsplätzen und die neuerdings sehr verbesserten Verschiffungsgelegenheiten. Kaum in irgend einem Hafenplatz der Welt können Kohlenladungen so schnell eingenommen werden wie in Baltimore, Newport News und Norfolk. Es ist keine Übertreibung, daß an den mit allen Hilfsmitteln ausgerüsteten Piers dieser Häfen 10 000 t Kohlen in acht Stunden geladen werden können, und diese Leistung wird sich voraussichtlich noch steigern lassen. Was den Preis der Kohle anlangt, so kann amerikanische Kohle von der Güte der besten Walliser Kohle zu 7 \$ per t, mittlere und geringere Qualitäten zum Preise von 5 bis 6 \$ fob gekauft werden. Dieser geringe Preis ist um so bemerkenswerter, als die Löhne der amerikanischen Grubenarbeiter mehr als zweimal und sogar dreimal so hoch als die der englischen sind. Hinzu kommt der lange Weg, den die Kohle von den Gruben nach den Häfen zurückzulegen hat, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Eisenbahnfracht verhältnismäßig nicht billiger als in England ist. Wenn sich trotzdem der Preis der amerikanischen Kohle in den Hafenplätzen erheblich geringer als der Preis der englischen Kohle stellt, so ist das auf den Umstand zurückzuführen, daß die Förderung des amerikanischen Grubenarbeiters, der sich in größtem Umfange geeigneter Hilfsmaschinen bedient, diejenige des englischen Arbeiters weit überragt. In den Gruben Pennsylvanias und Virginias stellt sich die Förderung pro Mann und Jahr auf 640 t, ohne daß der dortige Arbeiter physisch härter zu arbeiten hätte als der englische. Durch die größere Förderung wird der Nachteil der höheren Löhne und des weiteren Weges mehr als ausgeglichen.“

Was die Qualität der amerikanischen Kohle anlangt, so sind nach dem Urteil mancher Verbraucher gewisse Sorten der New River Kohle und der Virginia Kohle den Walliser Kohlen vollständig gleichwertig. In Südamerika, Italien und in Spanien, wo man sonst englische Kohle brannte, ist man mit der jetzt eingeführten amerikanischen Kohle durchaus zufrieden. So lange sich die Produktionskosten der englischen Kohle nicht billiger stellen, wird die amerikanische Kohle Aussicht haben, auch in Europa, namentlich in den Mittelmeerländern, der englischen Kohle erfolgreich Konkurrenz zu machen, insbesondere wenn auch noch die Frachtraten, die für amerikanische Schiffe gegenwärtig sehr hoch sind, (50 % höher als die englischen) heruntergehen. In Südamerika hat die amerikanische Kohle ein breites Absatzgebiet erhalten, ebenso in Italien. Eine New Yorker Firma hat jetzt 70 Dampfer in Zeitcharter laufen, die Kohlen nach Italien bringen. Die von ihr abgeschlossenen Kontrakte laufen auf mehrere Jahre. Italienische Kohlenimporteure haben eine ständige Organisation in New York geschaffen, die ihre Interessen unmittelbar vertritt.

Sogar in Frankreich, wo die englische Kohle des kurzen Transportes wegen billiger als die amerikanische angeboten

werden könnte, gewinnt die amerikanische an Boden, weil die schwierigen Verhältnisse in der englischen Kohlenindustrie eine ausreichende Belieferung unmöglich machen. Werden die Wünsche der englischen Kohlenarbeiter auf „nationalisation“ der Gruben erfüllt, so wird wahrscheinlich die englische Kohlenausfuhr noch weiter zurückgehen. In Amerika wird die Frage der Verstaatlichung zwar lebhaft diskutiert, hat aber unter den Grubenarbeitern selbst nicht allzuviel Anhänger (Ob diese Ansicht richtig ist, muß nach den neuesten Nachrichten über den drohenden Streik der amerikanischen Grubenarbeiter zweifelhaft erscheinen. Red.), ebenso ist die öffentliche Meinung in Amerika der staatlichen Kontrolle lebenswichtiger Industrien abgeneigt.

Als hindernde Momente kommen für den amerikanischen Kohlenhandel hauptsächlich in Betracht der Mangel an Erfahrung im Ausfuhrgeschäft und die staatlichen Eingriffe und Beschränkungen. Die Banken des Landes, vielleicht mit alleiniger Ausnahme der National City Bank von New York, sind in ihrer Organisation der Exportkredite etwas schwerfällig, so daß die meisten Transaktionen durch Vermittlung von Firmen, die in den verschiedenen Einfuhrländern Verbindungen haben, zustande kommen. Das Ausfuhrgeschäft vollzieht sich deshalb größtenteils auf der Basis: Zahlung bei Auslieferung des Konnossements. Bei der gegenwärtigen noch ungeklärten Finanzlage der verschiedenen Länder und dem Mangel an sicheren Auskünften über die Kreditwürdigkeit der einzelnen Empfänger wird wenig Kredit eingeräumt. Jedoch sind die Großbanken bestrebt, ihre Exportorganisationen möglichst schnell auszubauen.

Alles in allem eröffnen sich der amerikanischen Kohle gute Aussichten. Wenn es England nicht gelingt, seine Förderung zu vergrößern und seine Produktionskosten zu ermäßigen, sei es durch Einführung von Hilfsmaschinen für die Grubenarbeit oder durch einheitliches Zusammenwirken von Regierung, Grubenbesitzern und Grubenarbeitern, so wird es sich sehr bald aus den bisherigen Hauptabsatzgebieten für sein wichtigstes Ausfuhrgut verdrängt sehen, insbesondere wenn erst der Frachtraummangel behoben sein wird und Amerika die Schwierigkeiten seiner Schiffsfahrtsprobleme überwunden hat, so daß es auch bei niedrigeren Frachten auf allen Märkten konkurrieren kann.“

Natürlich ist Mr. Gould bestrebt, die „amerikanische Gefahr“ in möglichst schlimmsten Lichte erscheinen zu lassen. Wie sich die Zukunftsaussichten der amerikanischen Kohlenausfuhr gestalten, läßt sich im Augenblick weniger denn je erkennen. Viel wird vom Ausgang des gegenwärtigen Streiks der amerikanischen Grubenarbeiter, wie überhaupt von der Weiterentwicklung der Arbeiterbewegungen in den Staaten abhängen. Auch die Ueberwindung der mannigfachen Probleme, vor die sich die unter so außergewöhnlichen Bedingungen geschaffene amerikanische Schifffahrt beim Wiedereintritt normaler Verhältnisse gestellt sieht, wird sich kaum so glatt und einfach vollziehen, als man nach der Darstellung des englischen Berichterstatters vermuten könnte. Wo Faktoren von solcher Unübersichtlichkeit den Ausschlag geben, sollte man besser mit einer Beurteilung von Zukunftsaussichten zurückhalten.

A. K.

Rohstoffe und Warenmärkte

Tee

Marktlage. Über die ständige Aufwärtsbewegung der Preise heißt es in den Wochenberichten der Tea Brokers Association of London: Während vor dem Krieg gewöhnliche Ware 9½ d je lb kostete, steht sie heute auf 1 s 4¼ d bis 1 s 5 d. Freilich ist die Beschaffenheit der diesjährigen indischen Ernte ganz besonders gut, was naturgemäß die Nachfrage und somit die Preise steigert. Zu berücksichtigen ist ferner, daß die Kosten für Gewinnung, Verpackung und Transport sich in den Kriegsjahren sehr vergrößert haben. Daher ist von vornherein mit einem höheren Einfuhrpreis zu rechnen. Der Verbrauch in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten ist zudem in ständiger Zunahme begriffen. Die gegenwärtigen Verhältnisse dürften sich jedoch im Laufe der Zeit wieder ausgleichen, denn sie sind zum Teil noch Auswirkungen der Kriegsjahre. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die Preise wieder auf den Stand vor dem Kriege zurückgehen werden. In der Woche bis zum 24. 10. wurden auf den öffentlichen Auktionen in Mincing Lane 49 500 Packen indischer und Ceylontee angeboten, mithin weniger als in den vorhergehenden Wochen. Daher waren die Preise wieder sehr fest. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß gewisse Mengen in letzter Zeit auch in privaten Verkäufen umgesetzt wurden. Die Spannung zwischen Angebot und Nachfrage ist mithin nicht so groß, wie es den Anschein hat. Auch die Preise für Javatee sind dauernd fest.

Englands Einfuhr. Nach dem „Economist“ betrug die Einfuhr in den ersten acht Monaten 1919 289 Mill. lbs gegen 196 in der gleichen Zeit des Jahres 1914. Die bisher nicht veröffentlichten Zahlen für die beiden letzten Kriegsjahre lauten:

	1917		1918	
Einfuhr aus	Mill. lbs	Mill. £	Mill. lbs	Mill. £
Britisch-Indien	148,7	9,1	374,6	23,4
Ceylon	73,4	4,4	98,1	6,0
Engl. Besitzungen i. G. ...	222,7	13,6	472,7	29,5
Java	8,0	0,4	—	—
China	8,2	0,4	1,5	0,2
Fremde Länder i. G.	18,4	0,8	2,1	0,2
Gesamteinfuhr	241,2	14,7	474,8	29,8
Ablieferungen f. Inlandsverbrauch	227,4	—	311,1	—

Häute, Felle, Leder

Lage der deutschen Lederindustrie. Aus Fachkreisen erhielten wir folgende Zuschrift:

„Wie ungeheuerlich heute die Preise für Leder sind, zeigen folgende vergleichende Zahlen: Eine Ochsenhaut von 115 Pfund

kostete auf der letzten Lederauktion rund 1100 M. Im Friedensjahr 1913 hatte die gleiche Haut 50 M., 1915 im zweiten Kriegsjahr etwa 100 M. gekostet. Welche Gerbereien sind mit ihren Mitteln in der Lage, bei diesen Preisen ihre Produktion in dem alten Umfang aufrecht zu erhalten? Dazu müßten sie ein verzehnfachtes Betriebskapital zur Verfügung haben; aber wenn sie auch das hätten, wer wagte sich bei einer durchschnittlichen Gerbdauer von 8–10 Monaten auf derartig ungeheuer teure Rohware festzulegen? So hört man auch schon, daß Gerbereibetriebe sich entschließen müssen, um nicht ein allzu großes Risiko zu übernehmen, ihre Betriebe noch weiter einzuschränken oder still zu legen. Neue Arbeiterentlassungen, weitere Arbeitslosigkeit! Die Lederindustrie muß es mit schärfstem Protest zurückweisen, wenn sie für diese Verhältnisse, für diese Erhöhung der Preise sämtlicher Lederwaren verantwortlich gemacht werden soll. Nicht darf man ihr den Vorwurf machen, daß sie die Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert habe und daß dadurch die Verteuerung eingetreten sei. Die Zwangswirtschaft von Häuten und Leder ließ sich garnicht mehr aufrecht erhalten, nachdem die Regierung keine Macht mehr hatte, ihre Verordnungen durchzusetzen. Der Schleichhandel im inneren Lande hatte einen derartigen Umfang genommen, daß verordnungstreue Firmen keine Waren mehr erhalten konnten. Das offene Loch im Westen mußte jede planvolle Bewirtschaftung über den Haufen werfen und hat es getan. Der außerordentlich niedrige Stand unserer Valuta bedingt ein immer stärkeres Abfließen der guten deutschen Rohware ins Ausland zum Schaden der eigenen Industrie und dadurch mußten sich die Preise auf die heutige ungeheure Höhe erheben. Eine Besserung ist nur zu erwarten, wenn es gelingt, die Grenzen im Westen zu schließen und für Häute-Produkte, wie auch für Fertigfabrikate Richtpreise zu geben.

Hat hierzu die Regierung nicht die Kraft, so kann es nichts anderes geben als den völligen Zusammenbruch unserer Lederbewirtschaftung.“

Indischer Ausfuhrzoll. Nach dem „B. T. J.“ v. 16. 10. liegen Nachrichten vor, daß die Regierung beschlossen habe, einen Ausfuhrzoll auf rohe Häute und Felle in Höhe von 15 % v. W. zu erheben mit einem Nachlaß von 2/3 des Betrages bei Ausfuhr nach Ländern des vereinigten Königreichs.

Bananen

Honduras. Von allen mittelamerikanischen Ländern dürfte, wie in einem englischen Konsultatsbericht ausgeführt wird, Honduras wohl die besten Bedingungen für die Bananenkultur

bieten. In diesem Lande ist außerdem noch genügend Boden zur Aufnahme neuer Kulturen verfügbar. Der Anbau wird an der ganzen atlantischen Küste vom Golf von Mexiko bis zur Mündung des Magdalenenstroms betrieben, obgleich Wirbelstürme nicht selten großen Schaden in den Pflanzungen anrichten und Schädlinge, die noch nicht mit Erfolg bekämpft sind, die Wurzeln der Bäume gefährden. Trotz aller dieser Hindernisse haben die Pflanzungen, die teilweise mehr als 20 Jahre bestehen, reiche Erträge geliefert. Die Ländereien werden durch die jährlichen Überschwemmungen ausgezeichnet bewässert und gedüngt. In den Tälern des Chameläon- und

des Ulluaflusses sind besonders gut bewässerte Alluvialböden. Bisher haben sich die amerikanischen Gesellschaften die nötigen Arbeitskräfte im Wege der Rekrutierung im Innern für hohe Löhne berangezogen. Frauen und Kinder pflegen nicht auf den Plantagen an der Küste zu arbeiten. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß trotz der Gefahren, die die Wirbelstürme und Schädlinge bringen, die Zukunftsaussichten für die Bananenkultur in Honduras wegen der ungeheuren Nachfrage in den Vereinigten Staaten, wenigstens für diejenigen Gesellschaften, die eigene Transportschiffe besetzen, als sehr günstig betrachtet werden können.

Getreide und Futtermittel

Halbmonat-Bericht

erstattet von Mitgliedern des „Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse“

Weizen

Vereinigte Staaten. Der Wagenmangel in den Weizendistrikten ist noch immer nicht behoben. Es werden bereits Befürchtungen laut, daß einzelne besonders ungünstig gelegene Mühlen wegen Mangel an Weizen den Betrieb einschränken, ja sogar schließen müssen, wenn nicht bald eine Besserung eintreten sollte. Trotzdem sind die Zufuhren nach den Seehäfen befriedigend gewesen, und die Ausfuhr während der Berichtsperiode würde keine wesentliche Abnahme gezeigt haben, wenn die Verladungen nicht durch den in New York ausgebrochenen Hafenarbeiterstreik behindert worden wären. Die sichtbaren Vorräte zeigen daher eine beträchtliche Zunahme, wenngleich sie noch nicht die vorjährige Höhe erreichen. Im einzelnen werden die Bestände (in 1000 bu) wie nachstehend bekanntgegeben:

	18.10.19	11.10.19	19.10.18	20.10.17	Unterschied gegen Vorwoche
Weizen (Ver. Staat.)	98 793	90 585	107 343	9 712	+ 8 208
„ (Kanada) ..	11 355	10 061	9 695	14 572	+ 1 294
Mais (Ver. Staat.)	1 427	1 649	5 552	1 626	— 222
Hafer („)	19 120	19 501	22 263	16 404	— 381
Roggen („)	15 729	15 987	4 724	3 417	— 258
Gerste („)	4 090	4 216	3 541	4 170	— 126

Der Weizenpreis stellte sich unverändert auf 237½ ct fob New York, während der Mehlpreis in Minneapolis unverändert 12,20 \$ für Fancy Patents notierte. Man hofft, daß der Weizenpreis in Europa dadurch ermäßigt werden kann, daß die Seefrachten sich billiger stellen werden, weil der für Handelszwecke verfügbare Schiffsraum schnell größer wird, nachdem der Heimtransport der amerikanischen Truppen zum größten Teil beendet ist.

In englischen, aber auch in französischen Blättern wurden in der vorliegenden Berichtsperiode Nachrichten über große Fehlmengen Brotgetreide verbreitet, wodurch die Ernährung Europas während des kommenden Winters in Frage gestellt sei. Alle diese alarmierenden Nachrichten sind sehr übertrieben, wenn auch die ganze Kalkulation des amerikanischen und englischen Weizenkontrollen auf eine gute Ernte in der südlichen Halbkugel sich gründet, über deren mutmaßlichen Ausfall wir weiter unten berichten.

Kanada. Anfang Oktober ging der Abtransport der Ernte aus Westkanada flott vor sich, er dürfte vor Schluß der Schifffahrt bei Eintritt des Winters ganz beendet sein. Die bisherigen Druschergebnisse bestätigen die früheren Schätzungen, ohne jedoch eine Erhöhung derselben zu rechtfertigen. Die Qualität ist im Durchschnitt zufriedenstellend.

Australien. Wenn auch während der vorliegenden Berichtsperiode über vereinzelte Regenfälle berichtet wird, so sind die Klagen über die Trockenheit doch allgemein. Es werden bereits ernsthafte Befürchtungen über einen schlechten Ausfall der diesjährigen Ernte (Beginn gegen Ende November) laut, so daß jedenfalls heute schon mit einem geringeren Ausfall gerechnet werden kann.

Nach Japan wurden weitere 72 000 tons minderwertiger Weizen der Ernte 1917 zu 4 s 5½ d per Quarter verkauft.

Argentinien. Die diesjährige, mit Weizen bestellte Fläche wird vom argentinischen statistischen Amte mit 6 053 000 ha angegeben, was eine Abnahme von 817 000 ha gegenüber dem Vorjahre bedeuten würde. Es erscheint aber

zweifelhaft, ob diese Ziffer wirklich zutrifft, da die offiziellen Angaben sich bereits in früheren Jahren als unterschätzt herausgestellt haben, wenn das Land an Aufrechterhaltung hoher Getreidepreise besonderes Interesse hatte. Da über die neue Ernte bisher nur recht günstige Nachrichten, abgesehen von der Trockenheit während der Aussaat, bekannt geworden sind, kann man wohl bestimmt damit rechnen, daß der diesjährige Ausfall selbst bei einer geringeren Anbaufläche an den vorjährigen herankommen wird. Man darf auch ferner nicht außer acht lassen, daß das Land von der letzten Ernte noch große Restbestände in das neue Jahr hineinbringt. Auch der letzte Bericht aus Buenos Aires v. 23. 10. spricht über die allgemein andauernden günstigen Ernteaussichten. Vereinzelt Regenfälle in allen Teilen des Landes trugen zur Ausbildung der Pflanzung bei, so daß der Stand durchaus gut ist. Der Markt war nicht einheitlich. Die Preise gingen auf 13,25 Pesos fob Buenos Aires am 23. 10. gegen 15,70 Pesos am Schlusse unseres vorigen Berichtes zurück. Die Verladungen zeigten eine geringe Abnahme gegen die Vorwoche. Es wurden verschifft 317 500 Quarter gegen 414 000 Quarter in der Vorwoche, während die sichtbaren Vorräte unverändert mit 65 000 tons angegeben werden.

Rumänien. Nach zuverlässigen Pariser Nachrichten sollen von der diesjährigen Ernte 400 000 t Ausfuhrüberschuß zur Verfügung stehen. Da das Ausfuhrverbot jedoch noch nicht aufgehoben zu sein scheint, lassen sich noch keine endgültigen Angaben machen. Die Qualität soll allerdings durch Regen, der gleich nach dem Schnitt gefallen ist, gelitten haben, so daß der Weizen nur leicht von Gewicht ist.

England. Lt. Verfügung v. 15. 10. wird an die Müller bis auf weiteres kein ausländisches Mehl zum Vermischen mit aus inländischem Weizen hergestelltem Mehl abgegeben. Da die Verladungen von Mehl aus den Vereinigten Staaten und Australien nur ganz geringfügig sind, sind die Vorräte an ausländischem Mehl sehr zusammengeschrumpft, besonders, da man während des Eisenbahnerstreiks stellenweise auf diese angewiesen war. Andererseits befinden sich aber reichliche Mengen Weizen auf dem Wege von Amerika, Kanada, Argentinien und Australien nach England, so daß kein Anlaß zur Besorgnis vorliegt. Es wird im Gegenteil mit Freuden begrüßt, daß nunmehr die Mühlen Aussicht haben, bis zur vollen Leistungsfähigkeit beschäftigt zu werden. Andererseits können der Landwirtschaft größere Mengen der wertvollen Mühlenabfälle als Milchkraftfutter zur Verfügung gestellt werden. Es werden Befürchtungen laut, daß der niedrige Weizenhöchstpreis sowie die strengen Vorschriften über Verwendung und Ablieferung ausschließlich zur menschlichen Ernährung die Landwirte veranlassen werden, weniger Weizen, dafür aber mehr Gerste und Hafer anzubauen.

Frankreich. In dem System der Bewirtschaftung des Brotgetreides ist insofern eine Umwälzung eingetreten, als die Regierung den Erzeugern freie Hand läßt, den Weizen bestmöglich zu verkaufen, ihnen aber einen Minimalpreis von 60 fr je 100 kg garantiert. Dieser Minimalpreis ist für drei Jahre gültig. Auf diese Weise soll erreicht werden, daß die Kosten der aus der Staatskasse gezahlten Unterstützungsgelder zur Verbilligung der Lebensmittel auf die Verbraucher abgewälzt werden. Da bereits vor einiger Zeit in Paris eine tätliche Agitation gegen die Vertenerung des Lebensunterhaltes ein-

gesetzt hatte, bleibt abzuwarten, ob diese neue Maßregel lange bestehen bleiben wird. Die Feldbestellungsarbeiten, sowie die Aussaat sind unter günstigen Verhältnissen beendet worden. Es kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Anbaufläche größer ist, als im vergangenen Jahr.

Roggen

Vereinigte Staaten. Der Markt schwächte sich weiter ab, wozu die jetzt hereinkommende neue Ernte, sowie das Ausbleiben der Exportaufträge nach Skandinavien und Deutschland die Ursache gewesen sein mögen. Roggen notierte am 1. 11. 153 cts loko New York gegen 166 cts am Schlusse unseres vorigen Berichtes. Der Markt war am Schlusse stetig. Auch nach Ansicht des früheren amerikanischen Weizenkontrolleurs, Hoover, besteht die Möglichkeit, größere Mengen nach Europa abzustößen, nur darin, daß den mutmaßlichen Käufern, besonders Deutschland, größere langfristige Kredite eingeräumt werden.

Mais

Vereinigte Staaten. Der Markt in Chicago während der Berichtsperiode war auf Grund ungünstiger Wetternachrichten, sowie geringer Zufuhren aus dem Inlande fest. Die Notierung stieg auf 139 cts am 1. 11. gegen 134½ cts am Schlusse unseres vorigen Berichtes. Die sichtbaren Vorräte zeigen in der Tat eine beträchtliche Abnahme.

Argentinien. Der Markt war recht schwach, und die Preise fielen auf 7,15 Pesos gegen 8,30 am Schlusse unseres vorigen Berichtes. Die Verladungen betrugen 313 000 Quarter gegen 372 500 in der Vorwoche, die sichtbaren Bestände wurden mit 115 000 t angegeben.

Hafer

Vereinigte Staaten. Der Markt war fest, und die Preise unverändert. New York notierte am 1. 11. 81½ cts. Die

Nachfrage für den Export war recht rege, besonders nach England gelangten große Mengen zur Verladung.

Argentinien. Das statistische Büro des Ackerbauministeriums gibt die diesjährige Anbaufläche mit 931 000 ha an. Wenn diese Angabe zutrifft, würde es eine Abnahme derselben um 275 000 ha gegen das Vorjahr bedeuten. Der Markt in Buenos Aires war ruhig und die Notierung unverändert. Die sichtbaren Vorräte erhöhten sich um 5000 tons auf 40 000 tons, während nur 109 000 Quarter gegen 145 000 in der Vorwoche zur Verladung gelangten.

Leinsaat.

Vereinigte Staaten. Die Preise in Duluth zogen weiter an. Es wurden am 30. 10. für prompte Ware 435 cts gegen 427 am Schlusse unseres vorigen Berichtes notiert. Im Übrigen ist die Marktlage unverändert.

Argentinien. Aus brieflichen Mitteilungen geht hervor, daß der Preissturz dadurch verursacht wurde, daß die Exporteure infolge des Kursrückganges der englischen Währung die Saat nur mit Verlust zur Verladung bringen konnten, und es daher vorzogen, lieber an die Spekulanten am Platz zu verkaufen. Es ist damit zu rechnen, daß im laufenden Jahre im ganzen über 650 000 tons verschifft werden. Die Anbaufläche der jetzt reifenden neuen Ernte wird vom Ackerbauministerium um 49 000 ha größer mit 1 425 000 ha angegeben. Die Aussichten für diese sind günstig. Der Markt in Buenos Aires war unverändert. Man notierte am 23. 10. 35,05 \$ franco Bord Buenos Aires. Es gelangten 17 000 tons zur Verladung, davon 6000 tons nach England und 11 000 tons nach den Vereinigten Staaten. Die sichtbaren Vorräte weisen eine Zunahme um 20 000 auf 50 000 tons auf.

Vermischtes

Sparkassenstatistik. Auf Grund der am 31. Januar 1919 vorgenommenen statistischen Erhebungen, deren Ergebnisse wir in Nr. 40 des „W. D.“ veröffentlicht haben, sind jetzt Angaben über die Anlagen der Sparkassen in den beiden letzten Jahren veröffentlicht worden. Es geht daraus hervor, daß von den Beständen einschließlich der Reservefonds am 31. Januar 1919 24,76 Milliarden $\mathcal{M}$. gegen 20,33 im Vorjahre (= 2,9 % mehr) zinsbringend angelegt waren. Von diesen entfielen auf:

	31. Janr. 1918	31. Janr. 1919
Hypotheken	41,40	32,68
Inhaberpapiere	38,99	44,98
Schuldscheine	0,93	0,69
Wechsel	0,38	0,32
Faustpfand	0,74	0,66
Öffentliche Institute	13,84	15,70
Sonstige Anlagen	3,72	4,97
Zusammen...	100,00	100,00

Der Bestand an Hypotheken hat auch im Jahre 1918 um 380 v. H. gegen 1917 abgenommen. Dieser Rückgang wird mit der günstigen Lage der Landwirtschaft, der es möglich war, sich in großem Maße von der Hypothekenlast zu befreien, erklärlich. — Die Bestände der Sparkassen an Inhaberpapieren stellten sich am 31. Januar 1919 auf 11 147 Mill. $\mathcal{M}$. gegen nur 7927 Mill. $\mathcal{M}$. Ende Januar 1918. Sie haben sich somit gegen das Vorjahr um 3220 Mill. $\mathcal{M}$, oder um 46,6 v. H. vermehrt. Unter dieser Bestandmasse befanden sich allein 8235 Mill. $\mathcal{M}$. Kriegsanleihe. Von der für eigene Rechnung gezeichneten 9404 Mill. $\mathcal{M}$. an Kriegsanleihe, die zu einem Kurswert von 97 % eingesetzt waren, besitzen die Sparkassen noch 8250 Mill. $\mathcal{M}$. — Infolge der Kriegsanleihe-Zeichnungen für sich selbst und für die Sparer waren die Sparkassen mit Krediten von 1982,8 Mill. $\mathcal{M}$. belastet, wofür sie 1125 Mill. $\mathcal{M}$. Wertpapiere u. v. a. verpfändeten. — Die Einrichtung des Kontokorrentverkehrs hat auch im Jahre 1918 große Fortschritte gemacht. Der Bestand an Kontokorrenteinlagen ist von 582,1 Mill. auf 985 Mill. $\mathcal{M}$. = 69,4 % gestiegen. Der Gesamtzuwachs der deutschen Sparkassen seit Jahresbeginn bis Ende August stellte sich wie folgt (in Mill. $\mathcal{M}$.):

	1919	1918	1917
Januar ...	1250	1250	600
Februar ..	800	600	300
März	400	400	160
April	700	600	300
Mai	100	450	300
Juni	150	350	200
Juli	900	650	300
August ...	600	450	250
	4900	4750	2410

Die Münchener städtische Sparkasse veröffentlicht eine Statistik der Berufe nicht nur die im Berichtsjahre neu hinzugekommenen — wie wir sie in Nr. 40 für Preußen brachten — sondern sämtlicher Sparer, aus der wir folgendes entnehmen können.

Von je 100 Sparern waren in %:

Arbeiter und Gewerbegehilfen	{männlich 13,72 weiblich 4,85
selbständige Gewerbetreibende	{männlich 2,93 weiblich 1,11
in kaufmännischen Berufen angestellt	{männlich 2,14 weiblich 2,79
Dienstboten	{männlich 0,40 weiblich 8,08
Beamte, Lehrer	5,36
Beamtinnen, Lehrerinnen	1,17
Künstler, Schriftsteller u. sonstige freie Berufe	{männlich 1,86 weiblich 0,52
Privatpersonen	{männlich 0,43 weiblich 11,24
Kinder, Einlagen für	{Knaben 13,13 Mädchen 16,80
Mündelgelder für Kinder	{Knaben 0,83 Mädchen 0,85
Militärpersonen	1,87
Personen mit unbestimmten Berufen	0,52
Vereine, Institute, Stiftungen	1,97
Auswärtige Sparer	7,43

Tab. Landau

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

1. Die Anleihe beträgt Fünf Milliarden Mark in Fünf Millionen Anleihe-scheinen zu Eintausend Mark, rückzahlbar innerhalb 80 Jahren nach untenstehendem Tilgungsplane. Sie ist eingeteilt in fünf Reihen (A, B, C, D, E). Jede Reihe enthält 2500 Gruppen (1 bis 2500), jede Gruppe 400 Nummern (1 bis 400).

2. Halbjährlich findet eine Gewinnverlosung nach untenstehendem Gewinnplane statt.

3. Vom 1. Januar 1920 an steht dem Inhaber das Recht zu, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahre die Rückzahlung zum Nennwert zuzüglich des Zuschlags von 50 Mark für jedes verflossene Kalenderjahr unter Abzug von 10 v. H. des Gesamtbetrages zu verlangen.

4. Sollte vor dem 1. Januar 1930 eine neue gleichartige Spar-Prämienanleihe zur Ausgabe gelangen, so haben die Inhaber der Stücke dieser Anleihe das Zeichnungsvorrecht.

5. Die Inhaber der Stücke genießen die untenstehenden Steuerbegünstigungen.

Gewinnplan:

5 Gewinne zu 1 000 000 Mark	=	5 000 000 Mark
5 " " 500 000 "	=	2 500 000 "
5 " " 300 000 "	=	1 500 000 "
5 " " 200 000 "	=	1 000 000 "
10 " " 150 000 "	=	1 500 000 "
20 " " 100 000 "	=	2 000 000 "
50 " " 50 000 "	=	2 500 000 "
100 " " 25 000 "	=	2 500 000 "
200 " " 10 000 "	=	2 000 000 "
300 " " 5 000 "	=	1 500 000 "
400 " " 3 000 "	=	1 200 000 "
400 " " 2 000 "	=	800 000 "
1000 " " 1 000 "	=	1 000 000 "

Im ganzen jedes Halbjahr
2500 Gewinne über zusammen 25 000 000 Mark.

Gewinnverlosungen finden am 2. Januar und 1. Juli jeden Jahres, erstmals im März 1920, statt. Bei jeder Verlosung werden 2500 Gewinne im Gesamtbetrage von Fünfundzwanzig Millionen Mark gezogen. Die gezogenen Gruppen und Nummern gelten für sämtliche fünf Reihen. Sie werden im „Deutschen Reichsanzeiger“ bekanntgemacht. Ein mit einem Gewinn gezogenes Stück nimmt auch ferner an den Gewinnziehungen bis zu seiner Tilgung teil. Ein und dasselbe Stück kann jedoch in jeder Ziehung nur einmal gewinnen. Die Gewinne werden

von dem auf die Verlosung folgenden 1. März oder 1. September an, die der ersten Verlosung vom 1. April 1920 an unter Abzug von 10 v. H. ausgezahlt.

Tilgungsplan:

In den Jahren	Tilgung		Bonus		
	jährliche Stückzahl	jährlicher Gesamtbetrag Mark	jährliche Stückzahl	im einzelnen Mark	jährlicher Gesamtbetrag Mark
1920—1929	50 000	50 000 000	25 000	1000	25 000 000
1930—1939	75 000	75 000 000	37 500	1000	37 500 000
1940—1949	100 000	100 000 000	50 000	1000	50 000 000
1950—1959	75 000	75 000 000	37 500	2000	75 000 000
1960—1999	50 000	50 000 000	25 000	4000	100 000 000

Die Tilgungsauslosungen finden am 1. Juli jeden Jahres, erstmals am 1. Juli 1920, im Anschluß an die Gewinnverlosung statt. Zur Feststellung der zu tilgenden Stücke (50 000, 75 000 oder 100 000) werden jedesmal 4, 6 oder 8 Nummern gezogen. Die gezogenen Nummern gelten für alle Gruppen und Reihen. Sie werden im „Deutschen Reichsanzeiger“ bekanntgemacht. Jedes gezogene Stück wird zum Nennwert zurückgezahlt mit einem Zuschlag von 50 Mark für jedes bis zur Fälligkeit verflossene Jahr; die Stücke jeder zweiten gezogenen Nummer erhalten außerdem den im Tilgungsplan angegebenen Bonus. Die Tilgungssummen mit Zuschlag und Bonus werden von dem auf die Auslosung folgenden 29. Dezember an gegen Aushändigung des Stückes ausgezahlt.

Steuerbegünstigungen:

- Befreiung eines Besitzes bis zu 25 Stück von der Nachlaßsteuer und bezüglich derselben Stücke von der Erbanfallsteuer. Kein Nachlaß- oder Erbanfallsteuer für die auf den Namen Dritter bei der Reichsbank oder anderen vom Reichsminister der Finanzen noch zu benennenden Stellen auf fünf Jahre und mehr oder auf Todesfall hinterlegten Stücke (bis 10 Stück für jede einzelne dritte Person).
- Der Vermögenszuwachs, der sich aus dem Besitze der Anleihestücke gegenüber dem bei der Erwerbung der Stücke anzunehmenden Vermögenswert ergibt unterliegt nicht der Besitzsteuer (Vermögenszuwachssteuer). Der Überschuß des Veräußerungswertes über den Tilgungswert bleibt frei von der Kapitalertragssteuer.
- Die dem Besitzer der Stücke auf Grund der vorstehenden Bestimmungen zustehenden Leistungen sowie der aus dem Verkauf der Stücke erzielte Gewinn unterliegen im Gewinnjahre weder der Einkommensteuer noch der Kapitalertragssteuer.
- Bei jeder Art der Besteuerung werden die Anleihe-scheine bei einer Stückzahl bis zu 50 Stück höchstens zum Nennwert, vom 20. Jahre ab zum Kündigungswerte bewertet.

Zeichnungsbedingungen:

- Annahmestellen.** Zeichnungsstellen sind die Reichsbank und die im offiziellen Zeichnungsspekt aufgeführten Geldinstitute. Die Zeichnungen können aber auch durch Vermittlung jeder Bank, jedes Bankiers, jeder Sparkasse und Kreditgenossenschaft erfolgen. — Zeichnungen werden

von Montag, den 10., bis Mittwoch, den 26. November 1919
mittags 1 Uhr

entgegengenommen. Früherer Zeichnungsschluß bleibt vorbehalten.

- Zeichnungspreis.** Der Preis für jedes Spar-Prämienstück beträgt 1000 M. Hiervon sind 500 M. in 5 % Deutscher Reichsanleihe, zum Nennwerte berechnet, und 500 M. in bar zu begleichen.

Die mit Januar/Juli-Zinsen ausgestatteten Reichsanleihestücke sind mit Zinsscheinen, fällig am 1. Juli 1920, die mit April/Okttober-Zinsen ausgestatteten Stücke mit Zinsscheinen, fällig am 1. April 1920, einzureichen. Den Einlieferern von 5 % Reichsanleihe mit April/Oktober-Zinsscheinen werden auf ihre alten Anleihen Stückzinsen für 90 Tage = 1,25 % vergütet.

- Sicherheitsbestellung.** Bei der Zeichnung hat jeder Zeichner eine Sicherheit von 10 % des gezeichneten Betrages mit 100 M. für jedes Prämienstück in bar zu hinterlegen.

- Zuteilung.** Die Zuteilung findet tunlichst bald nach dem Zeichnungsschluß statt. Die Art der Verteilung bestimmt das Reichsfinanzministerium.

- Bezahlung.** Die Zeichner sind verpflichtet, die zugeteilten Beträge bis zum 29. Dezember d. J. zu begleichen. Die Begleichung hat bei derjenigen Stelle zu erfolgen, bei der die Zeichnung angemeldet worden ist.

Sollen 5 % Schuldbuchforderungen zur Begleichung verwendet werden, so ist sogleich nach Erhalt der Zuteilung ein Antrag auf Ausreichung von Schuldverschreibungen an die Reichsschuldenverwaltung, Berlin SW. 63, Oranienstraße 92—94, zu richten. Der Antrag muß einen auf die Begleichung der Spar-Prämienstücke, hinweisenden Vermerk enthalten und spätestens am 20. Dezember d. J. bei der Reichsschuldenverwaltung eingehen. Vordrucke zu solchen Anträgen mit Formvorschriften sind bei allen Zeichnungs- und Vermittlungsstellen zu haben. Daraufhin werden Schuldverschreibungen, die nur zur Begleichung von Spar-Prämienstücken geeignet sind, ohne Zinsbogen ausgereicht. Die Ausreichung erfolgt gebührenfrei und portofrei als Reichsdienstsache. Diese Schuldverschreibungen sind spätestens bis zum 20. März 1920 den in Absatz 1 genannten Zeichnungs- oder Vermittlungsstellen einzureichen.

- Ausgabe der Stücke.** Die Ausgabe der Prämienstücke erfolgt im Februar 1920; Schuldbuchgläubiger erhalten erforderlichenfalls bis zur ersten Gewinnverlosung im März n. J. durch ihre Vermittlungsstellen Nummernaufgabe. Zwischenscheine sind nicht vorgesehen.

- Umtausch der Kriegsanleihen.** Die Reichsbank wird, soweit möglich unentgeltlich Stücke von höherem Nennwert als 500 M. in kleine Stücke tauschen.